

Ebbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Ebbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags sanfter an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergesparte Pauschalpreise oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Donnerstag, den 14. Februar 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kommende Männer und reaktionäre Pläne.

Es wurde einmal gesagt: „Das allgemeine Wahlrecht hat außerhalb der Sozialdemokratie niemals zuverlässige Freunde.“

Das ist richtig, und deshalb legen wir auch wenig Wert darauf, wenn bürgerliche Parteien feierlich geloben, daß sie unverzüglich am allgemeinen Wahlrecht festhalten wollen. Dass die Kreisräte dem allgemeinen Wahlrecht innerlich nicht hold sind, haben schon ihre Vorgänger sogar im Sturmjahr 1848 bewiesen, und als diese Spielart des Liberalismus sich noch „Fortschrittspartei“ nannte, erreichte sie den Höhepunkt ihrer Macht in den sechziger Jahren im preußischen Abgeordnetenkamme unter dem Dreiklassenwahl system, um allerdings in dem „Konflikt“ mit Bismarck schmälerlich zu unterliegen. Dass die preußigen Großbauern des Zentrums nur mühsam ihren Vortritt über das Wahlrecht ihrer Knechte unterdrücken, ist bekannt.

Dass der neue Reichstag sonach Gefahren für das allgemeine Wahlrecht mit sich bringt, und zwar dringende Gefahren, das kann man niemandem ausreden, der sichmehr Einre hat.

Mit den grimmigen Staatsstreichs-Proklamationen der sogenannten starken Männer unter den Künsten ging es an, und aus der liberalen Presse läufte es nach, namentlich aus der national-liberalen, dass das allgemeine Wahlrecht sich nicht aufrecht erhalten lasse, wenn sich wieder eine Mehrheit von Zentrum und Sozialdemokratie ergeben sollte. Vor den Wahlen hat man ja auch aus den Reihen des Zentrums bedenkliche Äußerungen über das allgemeine Wahlrecht verommen. Dazwischen sind noch allerlei Kündgebungen von verschiedenen Seiten hinzugekommen und es ist leicht demontiert worden. Raffen wir alles zusammen, so besteht für uns kein Zweifel mehr, dass die herrschenden Klassen entschlossen sind, Einschränkungen zu treiben, die eine „nationale“ und „staatserhaltende“ Mehrheit im Reichstage für die nächste Zukunft verbürgen. Und da handelt es sich nur darum, die Form zu finden, die am geeignetesten erscheint.

Nach unserer Meinung ist sie schon gefunden. Wer alle die auf diese Frage bezüglichen Ercheinungen der eben abgeschlossenen Wahlbewegung genau ins Auge gefasst hat, der wird unsere Aussage für zutreffend erachten.

Der Urteil, die Wahlrechtsfrage im neuen Reichstage alsbald anzuschneiden, ergibt sich aus der Situation ganz von selbst.

Zum Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869, welches für das Deutsche Reich vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung übernommen worden ist, heißt es im § 5:

„In jedem Bundesstaat und auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gelegen hat, wird ein Abgeordneter gewählt. Ein Überschuss von mindestens 50 000 Seelen der Gesamtbevölkerung eines Bundesstaates wird, wenn 100 000 Seelen gleich gerechnet. In einem Bundesstaate, dessen Bevölkerung 100 000 Seelen nicht erreicht, wird ein Abgeordneter gewählt.“

Bei der Gründung des Reiches hatte dieses etwa 40 Millionen Einwohner; die Zahl von 397 Abgeordneten war sonach im allgemeinen der Bevölkerungszahl angepasst. Das Verhältnis änderte sich mit der raschen Zunahme der Bevölkerung; es wurden mehrfache Anträge auf entsprechende Vermehrung der Wahlkreise gestellt, auch von sozialdemokratischer Seite, aber ohne jeden Erfolg. Diese Anträge waren der Regierung fühllich unangenehm.

Nun hat sich die Bevölkerung auf etwa 60 Millionen vermehrt. Wenn man den Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1869 Rechnung tragen resp. dasselbe regeln will, so muss die Anzahl der Vertreter des deutschen Volkes auf mindestens 600 erhöht werden.

Eine Regelung überhaupt lässt sich nach Lage der Sache nicht mehr abwisen, wenngleich nicht lange mehr. Und darum wird der große Staatsmann Bülow die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen und die Regelung nach seiner Weise vornehmen. Er kann damit die soziale

streitlustigen Künster vorläufig beruhigen und wird zugleich auch den „gewissenhaften“ Zentrumsmännern und den schwankenden Liberalen es leicht machen, am Strange der Reaktion zu ziehen, ohne dadurch ihr Gewissen bedrückt zu fühlen. In dieser Rücksicht Alra bringt man eben manches fertig, was solch ein brutaler Draufgänger wie Bismarck nicht fertig gebracht hat.

Man kann das allgemeine Wahlrecht unangetastet lassen und doch sich eine reaktionäre Mehrheit sichern. Jawohl, das geht alles!

Herr Wallin hat uns ja den Weg verraten, auf dem dies erreicht werden kann. Er hat uns Andeutungen gemacht. Von Berlin aus ist natürlich sofort eine Art „Dementi“ erfolgt, aber ein solches, das alle Hintertüren offen ließ. Es bestätigte uns nur, dass Herr Wallin wohl wusste, was er tat, als er seinen „Führer“ ausgestrichen hat.

Unter dem Vorwande, dem deutschen Volke endlich einmal die verfassungsmäßige Zahl seiner Vertreter zu geben, wird man vielleicht die allergrößten der bisherigen Wahlkreise zerstören und so die Anzahl der zu wählenden Vertreter auf ewi 100 bringen. Dann aber wird man noch 200 Vertreter hinzufügen, die entweder zu wählen oder zu ernennen sind. Herr Wallin hat ja angegeben, wohin die Herzenwünsche der oberen Zehntausend gehen. Das allgemeine Wahlrecht droht, zu viele Volksvertreter aus dem Proletariat oder dem Mittelstande zu bringen. Die Finanzwelt, die Börsenmänner, die großen Reeder und die Industriellen, die Großkaufleute, die großen Exporteure und Importeure usw. wollen durch Leute aus ihrer eigenen Sphäre im Parlamente vertreten sein. Die ländlichen Großgrundbesitzer haben es dank der ländlichen Vorurtheit auch mit dem allgemeinen Wahlrecht dahin gebracht. Den anderen muss man nachhelfen. Man kann mit dem „Vorschub“ von 200 neuen Mitgliedern der Regierung die dauernde Mehrheit sichern. Alle die neuen Mitglieder zu ernennen, wäre das einfachste, aber das würde vielleicht Unwillen erregen. Man kann sie durch die Vandidage der Einzelstaaten wählen und sicher sein, dass nur „staatserhaltende“ Elemente gewählt würden. Man findet dafür sogar ein Vorbild in der berühmten Reichsverfassung von 1849, nach welcher die Mitglieder des „Staatenhauses“ auch von den Einzellandtagen gewählt werden sollten. Oder man kann besondere Wahlkörper bilden, wobei Herrn Wallin vielleicht die hamburgische Verfassung mit ihren Wahlkörpern der Beamten und Grundbesitzer vorge schwebt hat.

Und dabei kann man dem guten deutschen Volke sagen: Es wird niemandem sein Wahlrecht genommen oder auch nur geschmälerlt. Es wird nur durch eine kleine Zuteil verfälscht. Bei der Wahlrechtszurück in Südbrock hat man ja auch den in ihrem Recht Beschränkten Ähnliches vorzuspiegeln versucht. Und die sich bei den Wahlen für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wahlrechts verpflichtet, werden sich daraus berufen.

Wenn man alles, was man bisher über Wahlrechtsveränderungen von Müller-Gulda bis Wallin erfahren, zusammenfaßt, so kann man leicht einen solchen Kern herauslösen.

Dass der schöne Plan gerade von Herrn Wallin ausgeht, hat seine Bedeutung. Dieser Staatsmann gehört zu den kommenden Männern, welche die neue Aristokratie à la Dernburg zu bilden haben. Wenn es an die Ausführung solchen Blümchens geht, sitzt Herr Wallin vielleicht auch selber in der Regierung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Repräsentationsgelder in Höhe von 80000 M. jährlich sollen fortan dem jeweiligen Reichstagspräsidenten gewährt werden, so will es, wie die „Magdeburg. Zeit.“ hört, die Regierung. Zweifellos wird die Reichstagsmehrheit diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben.

Wieder einmal. So sicher wie die Schwalbe im Frühjahr, so sicher kommt auch Jahr für Jahr die frohe Botschaft von der großen liberalen Einigung, die unmittelbar bevorstehe. Auch jetzt ist diese Schwalbe wieder da. Ein wenig frühzeitig zwar im Vergleich zu der rauhen Jahreszeit, aber das liebe Tierchen zwitschert so lieblich. Was neues hat sie nicht gelernt, singt alte, liebe Lieder.

Das „Best. Tageblatt“, in dessen Brust der Einigungsgegenstand steht, seine schönsten Blätterräume freiminte, ist jetzt nach „im Klasse der Reichstagswahlen von neuem von der Notwendigkeit der Verschmelzung überzeugt. Vorher soll es sich nur um die drei Gruppen der freimaurischen und süddeutschen Volkspartei sowie der freimaurischen Vereinigung han deln.“

Die Zeit für eine Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien ist gekommen. Sowohl der Einigungsgedanke an dem Bilde vorne ist hier allzu selbstherrlicher Verschämtheiten scheitere, ist heute die Lage gellert. Es gibt im entzündeten Liberalismus keinen überzeugenden Führer, der sein Veto einer überreichen Einigung entgegenstellen könnte.“

Wer Ehren hat, zu hören, der hört aus diesen Worten noch den tiefen Hass berangs, den das Kreuzpfeil vom Wadensumpf gegen das Kreuzpfeil vom Wasserhiesel hegte, und besonders gegen den Führer des Wasserhiesel, gegen Eugen Richter.

Die Helden der „Freimaurischen Zeitung“, wie den Stab und die Wasserhiesel Richters gerettet haben, bleiben jedoch auch jetzt völlig ungerührt von dem Schmissruf nach Einigung. Die Melone, dass die Herrn Mommsen und Schröder ziemlich betrunken, die drei Freimaurer würden sich im Reichstage zu einer Diaktion rechtmässig beantwortet das Blatt:

„Wir mögen nicht annimmen, dass die beiden genannten Abgeordneten sich in dieser Weise ausgesprochen haben; denn damit würden sie sich in Gegenah zu dem Geist der Frankfurter Einigungsverhandlungen von vorigen Herbst stellen. Zu der am 11. November v. J. eintreffenden zu Frankfurt u. W. angenommenen Resolution heißt es: „Die berühmten Vertreter der freimaurischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Freimaurischen Vereinigung beschließen, auf ein Zusammenschluss der unsicheren bürgerlichen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen unter Wahrung der politischen Selbstständigkeit der einzelnen Parteien hinzuwollen.“

Der „Freimaurer“ zeigt also die politische Einigung. Und im Grunde der Sache hat sie dann nicht so unrecht. Wie der Führer des Körnergenossenheim an das Mitglied der freimaurischen Volkspartei Eichhoff, verwiesen, hat Herr Bülow und die ihm gleichwertigen Patrioten die hohe Hoffnung, die freimaurische Volkspartei im „nationalen Rahmen“ dauernd zu erhalten, und wo so hohe Hoffnung steckt, wird man sich doch nicht durch irgendwelche Appmachungen mit andern liberalen Gruppen e-Hände binden!

Wohin die freimaurische Volkspartei ihr Herz lebt, das geht deutlich aus einem Schreiben des volkswirtschaftlichen Herrn Müller-Wiemersen an die „Frankfurter Zeitung“ hervor. Dort wird mitunterer Unbefangenheit einem Zusammengesetzen mit den Nationalliberalen an das Wort gegeben. Da hat man's! Und auch hier müssen wir diesem standigen Wortsführer der Freimaurer wieder recht geben. Die Volkspartei hat sich durch ihre Wahltaftkeit damit bekommen, dass sie gar keinen passenden Platz finden kann, als die nationalliberalen Müllers.

Das Komische dabei ist, dass der Vorschlag des freimaurischen Abgeordneten wieder die lebhafte Entrüstung der freimaurischen „Volkszeitung“ in Berlin hervorgerufen hat. So geht es mit diesen verhüllten Einigungsverschlägen der Liberalen immer. Sie bringen nichts anderes zur Tage, als die Uneinigkeit und die tiefe politische Verkommenheit, die im liberalen Lager herrscht. Das ist zwar nicht viel, aber erfreulich.

Der Dank des Regierungskandidaten Eichhoff. Herr Eichhoff hat, wie nunmehr definitiv feststeht, die Wahl in Lennep-Riemshied angenommen und damit sein Mandat für Mühlhausen-Langenholza niedergelegt. Vor der Wahl ließ Herr Eichhoff in den Blättern des jetzt genannten Wahlkreises erklären, dass es ein Wahlkreis wird sei, wenn von gegnerischer Seite erklärt würde, Eichhoff werde, wenn er zweimal gewählt würde, das Mandat in Mühlhausen-Langenholza nicht annehmen. Der Ausschuss der vereinigten liberalen Parteien des Wahlkreises ließ noch am 5. Februar beispielweise in der „Sommerdaer Zeitung“ erklären:

„Von gegnerischer Seite versucht man es in letzter Stunde mit allen Mitteln die Wahl unseres Kandidaten Professor Richard Eichhoff zu hinterreiben.“

Unter anderem wird das Gerücht verbreitet, dass der selbe ein auf ihn fallendes Mandat in unserem Wahlkreis, wo er bereits zweimal gewählt wurde, nicht annehmen werde.

Demgegenüber erklären wir:

„Es ist unwahr, dass Herr Professor Eichhoff sich verpflichtet hat, das Mandat in seinem heimathlichen Wahlkreise Lennep-Riemshied an zu nehmen.“

Wir bringen dies hiermit zur Kenntnis seiner Wähler mit der dringenden Bitte, sich durch nichts beirren zu lassen, sondern am

Dienstag, den 5. Februar, zum dritten Male entschlossen einzutreten für ihren bewährten, bisherigen Vertreter im Reichstage, Herrn

Professor Richard Eichhoff in Riemshied.

In einem anderen Blatte stand folgende Erklärung:

„Ein Widerstand auf das gestrig konzentrierte Einigungsgefecht.“

Herr Professor Eichhoff hat positiv erklärt, dass er im Falle seiner Wiederwahl nur seinen bisherigen Wahlkreis Mühlhausen-Langenholza annehmen

mit Leib und Seele hängt, vertreten wird. Sollte die Stichwahl auch in Remscheid für ihn günstig ausfallen, so wird er trotzdem auf das dortige Mandat verzichten."

Herr Giechhoff hat sich trotz seiner „positiven Erklärungen“ nicht an sein Wort gebunden erachtet. Er hat seine liberalen Wähler in dreistester Weise genascht. Diesen Wählern hat er von seinem Wortbruch durch folgende Mitteilung Kenntnis gegeben:

„In Übereinstimmung mit der Zentralleitung meiner Partei habe ich es für eine nationale Pflicht gehalten, das Mandat des Wahlkreises Lemn Remscheid anzunehmen.“

Giechhoff.“

Wie aus den Enthüllungen des „Bayerischen Kurier“ hervorgeht, hielt Herr Giechhoff es auch für seine „nationale Pflicht“, sich die amtliche Wahlbeeinflussung im Kreis Lemn Remscheid sowohl wie im Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza zu sichern! Seine „nationale Pflicht“ bestand jetzt darin, sich das Mandat in Lemn Remscheid zu sichern, um möglichst, um Dank für die ihm geleistete amtliche Wahlunterstützung, in Mühlhausen-Langensalza zu erhalten! Seine „nationale Pflicht“ bestand jetzt darin, sich das Mandat in Lemn Remscheid zu sichern, um möglichst, um Dank für die ihm geleistete amtliche Wahlunterstützung, in Mühlhausen-Langensalza zu erhalten! Was dem oben erwähnten schwachwilligen Verhalten des zweiten Giechhoff möchten wir allerdings noch sehr daran zweifeln, ob die Freisinnigen des Wahlkreises Mühlhausen-Langensalza gegenwärtig sind, auf dies saubere Plänchen des Herrn Giechhoff einzugehen!

Ein weißer Rabe. In der „Nation“ behandelt Dr. Barth die Wahlaktik der Freisinnigen bei den Stichwahlen. Nachdem er darauf hingewiesen, daß sich die Verschiedenheit des Schwergewichts nach rechts im Reichstag noch verfestigen ließe, fügt er fort:

„Ungleich schlimmer ist dagegen die moralische Einbuße, die der Liberalismus und vor allen Dingen der Freisinn, bei diesen Wahlen erlitten hat. Die politische Charakterlosigkeit hat bei den Stichwahlen alles übertröffen, was wir bisher in Deutschland erlebt haben. So hat uns das Geständnis kommt: die Freiheit soll nicht verschwiegen werden, daß freisinnige Wähler in zahlreichen Fällen den schlimmsten Reaktionären, Schriftmachern, Bündlern, Antisemiten zum Siege verholfen haben, aus blöder Angst vor dem roten Gespenst. Freisinnige Vertrauensmänner haben offen aufgerufen, für Exreaktionäre und Antisemiten zu stimmen. Das Schauspiel war schamhaft. Es ist ein schwacher Trost, daß auch die Sozialdemokratie eine Reihe der unsäubersten Wahlbündnisse eingegangen ist. Allerdings soll nun umwunden und anerkannt werden, daß sich die Sozialdemokratie speziell im Norden und Osten Deutschlands selbst durch das offene Eintreten von Freisinnigen für die Reaktionäre fast durchweg nicht hat bestimmen lassen, den Freisinnigen gegenüber eine Kachepolitik zu treiben. Die Sozialdemokraten haben sogar Freisinnige, die sich seit Jahren als giftige Gegner der Sozialdemokratie ausgezeichnet haben, in der Stichwahl unterstützt und damit einen anerkennenswerten Beweis politischer Besonnenheit gegeben. Aber zweitens in Süddeutschland hat die Sozialdemokratie ihrem politischen Ruf die schwersten Schädigungen durch allerlei schändliche Stichwahlabkommen beigebracht. Daß sie einen so aufragenden bürgerlichen Demokraten wie Quidde gegen einen Konservativen und nun gar einen Mann wie Blumenthal zweimal gegen Bent ausleute hat durchfallen lassen, ist doch schlechtgm eine Schande. Diese Charakterverwüstung ist die bitterste Frucht der hinter uns liegenden Wahlen. Es wird lange dauern, ehe sich die Parteien der Linken von diesen moralischen Schäden wieder erholen werden. Übrigens steht die Erneuerung schon ein. Man fängt langsam an zu bezwecken, wie dieser angebliche Sieg des Liberalismus beschaffen ist. Die Sozialdemokratie, die man zermietet zu haben glaubte, weil man ihr bei nahe die Hälfte ihrer Mandate abnahm, ist in Wirklichkeit als politische Partei heute geschlossen noch als vorher. Sie hat eine Viertelmillion Stimmen mehr erhalten als bei den Wahlen von 1903. Die 3/4 Millionen Wähler, die ihr diesmal gefolgt sind, bilden zudem eine homogene politische Masse als die 3 Millionen des Jahres 1903. Wenn sie mit einiger Klugheit verfährt, die Roheit ihrer Agitationsmethode und die unerträgliche Goßmannschaft ändert, so wird sie, selbst nach diesem Verlust von 30 Mandaten bald wieder drohender dastehen als zuvor.“

Was Herr Dr. Barth hier über die Taktik der Freisinnigen ausführt, ist richtig. Leider aber wird er mit seiner Einsicht in den Kreisen seiner Bekanntschaften wohl alleine stehen. Für uns aber kann es jetzt angesichts des schrecklichen Verhaltens der sogen. Liberalen nichts anderes mehr geben, als fortan bei allen Stichwahlen zwischen Bürgerlichen Gewalt bei Fuß zu stehen. Hoffentlich beschließt schon der nächste Parteitag in diesem Sinne.

Wer liegt? Bezuglich der Beziehungen des Generalmajors Reim zum Reichskanzler und zur Reichskanzlei während des Wahlkampfes hatte die „Nordwest-Ztg.“ eine recht gewundene Erklärung gebracht, insbesondere auch verächtlich, daß die mehrfach erwähnte „Lügen des Herrn Erzberger“ vor ihrem Erscheinen an diesen Stellen nicht bekannt gewesen sei. In einem eigenartigen Lichte erschienen diese Verhältnisse, wenn man die diese Thematik behandelnden Abschnitte in den vom „Bayer.“ veröffentlichten Briefen Reims liest. Am 8. Jan. 1907 schreibt Generalmajor Reim an den Prezdezenrenten der Kolonialabteilung, Geheimrat v. d. Gröben:

„Ich bin gestern bei Fürst Bülow und heute bei Herrn v. d. Gröben gewesen, die meinen Besuch gewünscht hatten. Wir sind konform, was die Agitation betrifft, ebenso daß die Antwort auf Herrn Erzberger heißen muß: „Die Lügen des Herrn Erzberger.“ Jeder andere Tadel ist unwirksam, und ich möchte ganz ergebenst darauf aufmerksam machen, daß die Schrift „Die Lügen des Herrn Erzberger“ möglichst bald erscheinen mößt. Ich bitte, mir vor der Drucklegung einen Büchernabzug zu übermitteln, da ich vielleicht noch hier und da einen Schlagzeugen kann.“

Am 7. Januar 1907 berichtet der Präsident des Flottenvereins an Geheimrat v. d. Gröben:

„Eine viertel Million Erzberger in alle Welt gesandt. Der Herr General ist der Ansicht, daß die Fortsetzung spätestens in der nächsten Woche raus müsse, und gestatte ich mir die ganz ergebene Anfrage, wann dem Manuskript für die Fortsetzung entgegen zu sein werden darf.“

„Der Herr Bülow durch sein Reiborgan oder im zweitwöchigen Aufklärung ist vonnöten.“

Die Spender für den Bülow-Fonds, aus dem die Aufklärung des Flottenvereins zum Teil bezahlt

wurde, mußte man natürlich in den Kreisen der Großindustrie suchen. Jetzt macht die „S. & C. Arbeiter-Ztg.“ folgende interessante Angaben: „Zu den Geldgebern der Regierung gehört eine Gruppe wohlhabender Herren, die ganz zufälligerweise beim letzten Ordensfeste am 27. Januar mit hohen Orden bedacht wurden. Und diese Herren stehen in naher Beziehung zu jenen Stipendienstiftern, an die das Reichsamt des Innern im Jahre 1888 das berühmte „eigenständliche Verlangen“ richtete, ihm 12.000 M. zur Verfügung zu stellen. Seit der Entstaltung dieser Affäre im Jahre 1900 durch die „Leipziger Volks-Ztg.“ waren die Beziehungen der Regierung zu ihren damaligen Geldgebern stark erstaunt. Aber jetzt hat man sich längst wieder zusammengefunden...“

An Schwarzwasserfeber verstorben ist in Kamerun der Unternehmer Bahn aus Görlitz.

Nenes aus Westwest. Aus Deutsch-Südwesafrika wird amtlich gemeldet: Von den sich seit einiger Zeit im Süßwassergebiete unweitreibenden kleinen Hottentotten wurde am 6. Februar ein Teil unter dem Führer Lambert von Oberleutnant Freiherr v. Graitschein bei Rosinbusch überrascht und nach kurzem Gefecht ostwärts gesagt. Bei der sofort eingeleiteten Verfolgung lief der Gegner, nach Preisgabe seines Pferde, auseinander. Ein anderer Teil dieser Handlung wurde zwei Tage später von Oberleutnant Rausch bei Sondermaida erreicht und nach Verlust von 2 Toten ebenfalls zerstreut. Südlich Seehelm gelang es dem Freiherrn von Graitschein, die Werte Lambertis (23 Köpfe) unter Mitwirkung von Verleba-Großleuten gefangen zu nehmen. Unsere ersten sind Verluste nicht zu verzeichnen. Die bisher in der Kapkolonie internierten Hottentotten lehnen allmählich in das Schutzgebiet zurück. Bisher sind insgesamt 470 Köpfe, darunter 100 Männer, eingetroffen und auf friedlichem Wege in die Lokationen übergeführt worden. Unter den Zurückgekehrten befindet sich auch Kapitän Joseph Christian. Abraham Morris dagegen will mit einem kleinen Anhang aus englischem Gebiet, wo er bereits seine Waffen abgelegt hat, verbleiben und offenbar Frieden halten. Mit Simon Cooper, dem Führer der bisher noch im Felde stehenden Franzmann-Hetz enttoffen, die sich seit einem Jahre in der schwer zugänglichen Kalahari abwartend verhalten, ist durch einen Boten bei Komise-Holt Fühlung genommen worden. Nähere Nachrichten hierüber stehen noch aus.

Zur Nachwahl in Mühlhausen. Minister Möller wurde gemeinsam von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen als Mischa-Misch-Kandidat für Mühlhausen-Langensalza aufgestellt.

Späte Einsicht. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung den Antrag eingebracht, die Regierung zu eruchen, mit Rücksicht auf die Verteuerung des Personenverkehrs durch die Einführung der Reichsfahrtartensteuer und die dadurch hervorgerufene Verziehung in der Benutzung der einzelnen Wagentassen auf einen „angemessenen Ausgleich“ durch Ermäßigung der Eisenbahnpersonentarife Bedacht zu nehmen. — Die Sehnsucht nach dem „angemessenen Ausgleich“ kommt den Steuerpatrioten, die in erster Linie die Verantwortung für die Verteuerung des Reisens durch die Fahrtartensteuer tragen, sehr spät. Die Regierung wird den Antrag, der jedenfalls auch nur platonisch gemeint ist, mit größtem Gleichmut unter den Tisch fallen lassen.

Im bayerischen Zentrum machen sich Spaltungsbestrebungen bemerkbar. Bisherige Zentrumsmitglieder, die nämlich die Haltung der Parteileitung bei den Reichstags-Stichwahlen missbilligen, haben bereits wiederholt Versprechungen wegen Gründung einer konservativ-katholischen Partei in Bayern abgehalten.

Schweiz.

Abgelehnte Auslieferung. Der höchste Gerichtshof des Landes, das Bundesgericht in Lausanne, behandelte am Dienstag eine Forderung Russlands auf Auslieferung von drei nach Genf geflüchteten Georgiern, die beschuldigt wurden, an der Plünderung der Staatskasse von Duschet im Kaukasus teilgenommen zu haben. Der Richter Merz, stellte bei der Verhandlung fest, daß die Plünderung der Staatskasse von Duschet von der Kampforganisation des Georgischen Bundes zu revolutionären Zwecken im Werk gesetzt sei, und es sich demnach um ein politisches Delikt handle, die Auslieferung sich daher nicht rechtfertigen lasse. Der aus 15 Mitgliedern bestehende Gerichtshof schloß sich dem Standpunkt des Berichterstatters einstimmig an und wies den Auslieferungsantrag ab. — Als die russische Regierung den Auslieferungsantrag stellte, bestand für sie nicht der geringste Zweifel darüber, daß es sich hier um ein politisches Delikt handle. Wenn sie trotzdem den Antrag bei der Schweiz gestellt hat, so kam es ihr hierbei nur darauf an, eine Pression auf die schweizerische Regierung und Justiz auszuüben. Im erfreulichen Gegensatz zu Preußen-Deutschland, das in diesem Falle zweifellos dem Verlangen Russlands entprochen hätte, sind die schweizerischen Instanzen hart geblieben.

Vereinigte Staaten.

Eine bewaffnete Arbeiter-Organisation? Das „Berl. Tagebl.“ bringt folgende sensationelle Meldung: „Nichts Geringeres als ein Bürgerkrieg? (Red. d. Volksb.)“ in den Vereinigten Staaten war der Zweck einer militärischen Organisation, die die Arbeiter des Staates Pennsylvania geschaffen haben, und die erst jetzt entdeckt worden ist. Ein Inspekteur der Nationalgarde, Kapitän Witney, hat bei einer in Pennsylvania vorgenommenen Inspektion entdeckt, daß die dortigen Arbeitergenossenschaften unabhängige, militärisch organisierte, bewaffnete und einergerichtete Kompanien geschaffen haben, die falls bei einem Streit die Verwendung der Nationalgarde gegen die Arbeiter verfügt würde, gegen die Nationalgarde kämpfen sollen. Kapitän Witney, dem das Washingtoner Kriegsdepartement vollen Glauben schenkt, meldet, daß mindestens sechs und dreißig solcher militärischen Organisationen bestehen, die eventuell auch der Staatsmiliz standhalten würden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 14. Februar.

Zuzug von Tischlern, Drechsler, Maschinen- und Hützarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.

4) Unmeldechein. Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Umladechein.

6) Innungsmitgliedschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.

8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem heutigen Standesamt die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hierfür erforderliche Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuer bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktagen in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Einvernahme des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Parteigenossen! Erwerb des Bürgerrechts!

Ein heftiger Schneefall hat gestern Wald und Fluß mit einem dicken weißen Überzug versehen und so ist eine echte und rechte Winterlandschaft geschaffen worden. In der Stadt war man heute bereits eifrig an der Arbeit, den Schnee fortzuwalzen, bevor er sich in eine schmutzig-braune Plane verwandelt.

Dem Jahresbericht der Zahnstelle Lübeck des Verbandes der Maurer für das Jahr 1906 entnehmen wir folgende Angaben: Das Jahr 1906 ist von uns als ein Jubiläumsjahr zu bezeichnen, denn vor 15 Jahren, am 4. Januar 1891, schlossen sich die Mitglieder des damals bestehenden Fachvereins in ihrer Mehrheit dem Zentralverband der Maurer Deutschlands an. Einige Kollegen, die sich anfangs schmollend ablehnen stellten, wurden bald bekehrt und traten wieder in die Reihen der Organisation ein. Die Zahnstelle hat sich, wenn auch langsam, so doch gut entwickelt; zeitweilig waren bis zu 99 Prozent der ortsanwesenden Maurer Mitglieder derelben. Seit dem letzten Streik ist dieser Prozentsatz zwar etwas zurückgegangen, jedoch ist bei guter Konjunktur auch wieder eine Besserung zu erwarten. Das vorjährige Jahr wies nur eine geringe Bautätigkeit auf. Nur in der Mitte des zweiten Quartals war eine regere Nachfrage nach Maurern zu verzeichnen. Die verminderte Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe dürfte mit als Ursache des Tiefpunkts anzusehen sein, dessen Berechtigung über allem Zweifel steht, da es sich um die Forderung des neunstündigen Arbeitstages handelt, die Einführung des gesamten Lübecker Unternehmertum zu hinterreiben versucht. Die Zahnstelle hielt im Berichtsjahr 24 Mitgliederversammlungen ab; in drei derselben wurden Vorträge gehalten. Außerdem fanden 5 außerordentliche, 1 gemeinschaftliche und 1 Generalversammlung statt; ferner 48 Vorstandssitzungen und 15 Sitzungen anderer Korporationen, an denen Vorstandsmitglieder teilnahmen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 468; im Laufe des Berichtsjahrs wurden 116 Mitglieder neu aufgenommen, zugerechnet sind 281, abgemeldet haben sich 196, gestorben sind 4, sodass am Schlusse des Jahres 1906 538 Mitglieder vorhanden waren. Der Quartalsdurchschnitt betrug 518 Mitglieder. Ehrenmitglieder waren 19 vorhanden. Ausgeschlossen sind im Berichtsjahr 2, wegen Schulden gestrichen 25 und in den Zweigverein Döbeldorf übergetreten 20 Mitglieder. Die Einnahme der Hauptkasse belief sich auf 10.844,35 M., der eine gleich hohe Ausgabe gegenüberstand. An größeren Ausgabenposten und hervorzuheben: Krankenunterstützung 742,45 M., Sterbeunterstützung 415,50 M., Unterstützung bei Ausperrungen 570,35 M. Der Zentralkasse wurden 5.877,56 M. überwandt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 6.623,40 M., während die Ausgabe derselben 5.988,71 M. betrug, für Streiks in anderen Gewerben sind 1000 M. ausgegeben worden. Der Bericht erwähnt sodann noch die Arbeitsniederlegung beim Bauunternehmer Kröger, die Arbeitseinsitzung am Warenhausbau von Karstadt, die zur Ausperrung aller gelehrtengewerblichen Arbeiter führte, und deren Ursache in den vielen Unfällen zu suchen ist, welche sich bei der Firma Blunk und Sohn ereignet haben. Wegen Nichtanerkennung des Tarifs wurde über den am Hochofenbau beteiligten Unternehmer Brüger aus Radowig die Sperre verhängt, welche inzwischen jedoch wieder aufgehoben ist, da die Differenzen geregelt worden sind. Das Baudelegierten-System, das nach Beendigung des vorjährigen Streikes eingeführt ist, hat sich ziemlich gut bewährt; zwar hat der Vorstand erst auf einigen Bauteilen selbst eingreifen müssen, bevor ein Delegierter ernannt wurde, doch wird hier höchstens eine Besserung eintreten, da sogar einige Unternehmer erklärt haben, daß es ihnen nur angenehm sei, wenn sie auf Mängel auf den Bauteilen aufmerksam gemacht werden. Es haben 9 Sitzungen mit den Baudelegierten stattgefunden. Eine Statistik über das Lehrlingszuwesen zeigte, daß in Lübeck die Lehrlingszahl in hoher Blüte steht. Bei 43 Unternehmern wurden 183 Lehrlinge beschäftigt; bei diesen 43 Unternehmern waren 299 Gesellen tätig, sodass auf 1½ Gesellen ein Lehrling kommt. Eine außerordentliche Agitation hat die Leitung unter den am Hochofenwerk beschäftigten oberhessischen Maurern entfaltet. Anfangs waren dort 5 Kollegen organisiert, welche Zahl sich am Ende der Saison auf 70 erhöhte, wovon leider wieder eine Anzahl infolge der sprachlichen Unterschiede verloren ging. Als Überstand ist es zu betrachten, daß außer der „Oswiata“ kein polnisches Material zur Verfügung stand. Die am Bau des Hochofenwerks beschäftigten Leute sind außerordentlich genügsam; sie waren in Baracken untergebracht, in denen die Betten wie in einer Kaserne übereinandergestellt sind, und zwar in einer Anzahl, die mit den sanitären Vorschriften sicherlich nicht in Einklang zu bringen ist. Hier wäre ein weiteres Arbeitsfeld für die lübeckische Gesundheitsbehörde; hoffentlich läßt sie dasselbe nicht unbefriedigt. Auch in bezug auf den Bauarbeiterchub wäre manches zu verbessern; es müßte allerdings aus den Kreisen der organisierten Bauarbeiterchaft ein Kontrollleur angestellt werden, damit eine wirklich wirkliche Kontrolle ausgeübt werden kann. Die eine Kraft, welche vom Staat angestellt ist, genügt nicht mehr für das ganze lübeckische Gebiet. Der Versammlungsbesuch ließ manches zu wünschen übrig; hier ist eine Änderung dringend notwendig. Für die politische und auch für die genossenschaftliche Bewegung wurde mit gutem Erfolge agitiert; Kollegen, welche in dieser Richtung noch aktiv stehen, sollten bald erkennen, daß es ihre Pflicht ist, auch politisch organisiert zu sein. Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahr sehr stark.

198 Kollegen meldeten sich arbeitslos; 40 davon meldeten sich nicht wieder ab. 96 Kollegen waren zusammen 1926 Tage arbeitslos; 46 Kollegen waren bis 10 Tage arbeitslos, 22 bis 20 Tage, 10 bis 20 Tage, 7 bis 40 Tage, 6 bis 50 Tage, 5 bis 60 Tage. Um eine genaue Kontrolle zu haben, ist es notwendig, daß die betreffenden Kollegen sich wieder abmelden. Zum Schluß sagt der Bericht: Das kommende Jahr steht im Zeichen der Wahlen. Die Wahl zum Reichstag ist erledigt, es folgt die Wahl zur Bürgerschaft. Die Lübecker Männer haben auch an dieser ein großes Interesse, denn auch in das Lübecker Parlament müssen Männer entsandt werden, welche für die ärmeren Schichten der Bevölkerung eintreten. Deshalb tut jeder Kollege seine Pflicht. Vorwärts heißt die Losung! Nur nach zähem Kampfe wird der Sieg unser!

S. Die Streitbrecherorganisation und der Holzarbeiterstreik. Die Gründung der Streitbrecherorganisation, von der wir schon kurz Notiz nahmen, ist nunmehr auch in den gesamten bürgerlichen Presse besprochen worden. Der "General-Anzeiger" schreibt von 86, der "Stadt- und Landbote" von 90, und die "Lübeckischen Anzeigen" sogar von 100 Aufnahmen. Außerdem bemerkt der "Unparteiische", daß am Orte 140 Tischler in Arbeit stehen. Nun, es arbeiten gegenwärtig etwas über 40 zu bewilligten Forderungen, außerdem noch mehr als 100 in Betrieben, die nicht am Streit beteiligt waren. Somit würde der "Unparteiische" tatsächlich recht haben; aber zweifellos sind nicht diese gemeint, sondern es sollen 140 arbeitswillige Tischler sein. Zwar haben die Arbeitgeber unter Schwund und unter Vorstellung falscher Tatsachen versucht, Arbeitswillige nach hier zu ziehen; vor allem glaubte man in Überlebien an der österreichischen Grenze die besten und die meisten Tischler zu finden. Aber auch selbst in dieser dunklen Gegend war nicht viel zu fangen. Fast fünf Wochen war der Agent Burlage kein Arbeitswilliger, welchen man zum Arbeiten nicht brauchen konnte und der sich in Überlebien nach als Meister ausgab) dort, und 8 Arbeitgeber führten ihm zur Hilfe abwechselnd nach. Mehr als 2000 Mt. hat man dabei verputzt. In vier Transporten brachte man insgesamt 36 Mann hierher, wovon gegenwärtig noch ganze 9 am Orte sind. Zuvor, teure Exemplare, das Stück über 200 Mt. Zu welcher Weise die Werbung vor sich ging, beweisen die Klagen der Angeworbenen aus dem Streitbüro: "Wir sind belogen und betrogen worden, hätten wir gewußt, wie es hier ist, so wären wir nicht gekommen. Nun hat man uns nach hier geschleppt, aus der Arbeit, von Frau und Kinder fortgerissen; heißt uns Kollegen, daß wir wieder nach Hause kommen." Ein Kollege lagte in seinem gebrochenen Deutich. "Der Agent war bei mir in der Wohnung und verprach mir das Beste. Meine Frau sagte zu mir, geh' mit; es ist ein gutes Mensch, er will unser Bestes; es ist Stunde wenn Du nicht mitgehst." Es wahrhaftig, es zeugt von einer Gewissenhaftigkeit sondergleichen, in dieser Weise die Familie auseinander zu reißen. Und mit Recht schickten sie dem Agenten manch derben Fluch nach. Darum brauchen sich die Arbeitgeber nicht zu wundern, wenn unter diesen Umständen die Angeworbenen meistens fort sind. Der "Unparteiische" hätte weit eher recht, wenn er schrieb, daß 14 Tischler anstatt 140 am Orte sind. Der rechnet et etwa die ungelerten Arbeitnehmer, sowie Apotheker, Kaufleute, Konditoren usw. zu Tischlern? Was diese Leisten, davon weiß wohl besonders Herr Stech und Herr Demuth ein Lied zu singen. Die Kundschaft stellt einfach den Herren die Ware zur Verfügung. Herr Stech ist gezwungen, dieselbe zu verkaufen, weil sie niemand kaufen will und er keinen Platz mehr dafür hat. Wohl mögen 140 Personen in der Versammlung gewesen sein, wenn man die bezeichneten Elemente und die zahlreich errichteten Arbeitgeber mitzählt. Das Amtsblatt, und so ähnlich auch der "Stadt- und Landbote", schreibt n.:

Gestern die Woche ist ein Jahr vergangen, seitdem die Möbeltischler in den Streik traten, und wenige Wochen später sämtliche Tischler die Arbeit niedergelegt. Alle Bemühungen der Meister, wie auch des Einigungsamtes, den Streik beizulegen, sind bekanntlich erfolglos geblieben, und die Meister haben infolge dessen von auswärtigen Arbeitskräften heranziehen müssen. Wer sich die Belästigungen einmal angesehen hat, denen die Arbeitswilligen seitens der Streikenden ausgesetzt sind, wird verstehen, einen wie schweren Stand die Meister haben, und daß sie die Hülfe der Polizei und des Staatsanwalts in Anspruch nehmen müssen, um die zurücksendenden Gesellen nach der Arbeitsstelle bringen zu können und sie vor Überfällen, Angriffen und tatsächlichen Beleidigungen zu schützen. Nachdem nun eine größere Anzahl Gesellen hier in Arbeit getreten ist, haben sie den Wunsch nach einem festen Zusammenschluß geäußert. Zu diesem Zweck fand am Montag abend im Kurhahnen Bierhaus eine Versammlung statt, an der an 140 hier in Arbeit stehende Gesellen teilnahmen."

Richtig ist, daß der Streik solange dauert, Polizei und Staatsanwalt scharf gegen die Streikenden vorgehen, und daß die Meister einen schweren Stand haben. Zwar haben sie das Einigungsamt im Oktober angerufen, aber was nützt es, wenn man dann nicht das geringste Entgegenkommen zeigt. Dass die Meister einen schweren Stand haben, wissen wir schon lange, darum werden sie auch wohl so über sich mit den Streikenden verständigen müssen. Hat doch schon in letzter Zeit von den Arbeitgebern ein Mitglied der "Neuer-Kommision" zu einem Mitglied der Streileitung gewissermaßen auftragsgemäß gesagt, daß sie, die Kommission, beschlossen hätte, den Streik beizulegen. Ferner versprach er auch für Bewilligung der 8-tägigen Arbeitszeit einzutreten, denn, so sagte er weiter: "Wir haben eine Umfrage in den norddeutschen Städten veranlaßt, und da hat sich ergeben, daß Lübeck nun tatsächlich an der Reihe ist, die 8-tägige Arbeitszeit einzuführen". Auch soll Herr Rosenquist schon wiederholt für die 8-tägige Arbeitszeit eingetreten sein. Dass die Polizei gegen die Streikenden scharf vorgeht, haben wir in letzter Zeit genügend erfahren. Darüber ist schon früher an dieser Stelle berichtet. Nur sei noch bemerkt, daß beim zweitletzten Transport von Oberschlesien, den Herr Rosenquist selber mit holte, von denen aber keiner die Arbeit aufnehmen wollte, vier von den Angeworbenen auf Verlangen von Rosenquist auf der Holstentor-Wache einer mehrstündigen protokollarischen Vernehmung unterworfen wurden. Wenn es im "Amtsblatt" ferner heißt, daß die Arbeitswilligen vor Belästigungen, Überfällen, Angriffen und Beleidigungen geschützt werden müßten, so können wir nur sagen, daß die Streikenden sich durchaus im Rahmen des gerechtlichen Rechts bewegen. Natürlich hält es schwer, sich gegenüber den zahlreichen Provokationen, welchen die Streikenden ausgezogen sind, sich immer zu beherrschen. Wir möchten aber wünschen, daß die Arbeitgeber ebenso gesetzlich handelten, wie die Streikenden. Über handelt Herr Rosenquist gesetzlich, wenn er die Streikenden mit Schlagwaffen bedroht! Davon scheint das Amtsblatt aber nichts zu wissen. Die Streileitung steht aber auf dem Standpunkt, daß durch ungesehliche Handlungen ihre durchaus günstig stehende Sache nur geschädigt würde. Dann heißt es weiter: "Nachdem nun eine große Anzahl Gesellen hier in Arbeit getreten ist, haben sie den Wunsch nach einem festen Zusammenschluß geäußert." Den Zusammenschluß haben nicht die Arbeitswilligen, sondern die Arbeitgeber geäußert. Und da liegt wohl nichts näher, als daß sie die Kirch-Dunkersche Organisation erkoren haben. Hat man doch schon früher durch Inserrate versucht, diese als

Streitbrecher zu gewinnen. Man weiß auch ganz genau, daß die Arbeitgeber in dieser Organisation ein großes Wort mitreden können, und darum sind die Arbeiter gezwungen worden, sich dieser anzuschließen. Aber kann es etwas Deprimierendes für eine Arbeitgeberorganisation geben, als wenn die Arbeitgeber ihre Arbeiter in eine Organisation zur "Erinnerung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen" zwingen? Wir sagen nein! Nun ist ja leider das Unzulänglichste hier in Lübeck dennoch zur Wahrheit geworden: Die Kirche organisiert die Arbeitswilligen! Wie sie das mit ihrem auf dem Papier stehenden Grundzuge vereinbaren können, das verstehe wer kann und mag. Der erste Satz auf dem Aushangreihen lautet:

Berufe (G.-D.)?

Der Gewerksverein bezieht den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Momentlich erstreckt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, mithin Schutz für Leben, Gesundheit und Ettlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmer und dem Staat.

Ta hört denn doch alles auf! Die hiesigen Tischler stehen fast 1 Jahr im Kampf für Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und nun kommt dieselbe Organisation, die sich dies zum Ziel gesetzt hat, und organisiert diejenigen, die in der schmähesten Weise Verrat an diesen Bestrebungen haben! Doch was mag wohl die Arbeitgeber veranlaßt haben, die Arbeitswilligen zu organisieren? Wahrscheinlich beabsichtigt man von dieser Organisation den Besetzungsausschluß zu bilden, um später einen Vertrag mit diesen abzuschließen, und dann möchte man wohl gerne, daß die Kirche dasselbe tun, was die "Christen" beim Kölner Streik getan haben, nämlich aus ihren Reihen Streitbrecher nach hier schicken, um auf diese Weise den bedrängten Meistern zu helfen. Sollten die Kirche das wirklich tun?! Dann wäre der zweite Streik noch gemeiner als der erste. Andenken, mag kommen, was will, die Streikenden sehen der Zukunft ruhig entgegen. Es ist nicht das erste Mal, daß die Kirche hier auch zu fassen versucht. Gleich nach Beendigung des Möbeltischlerstreiks von 1897 kam auch dieses Gebilde hier an die Oberfläche. Es verschwand nachher wie der Schnee an der Sonne, nachdem noch ein untreuer Hasslerer sein Werk versucht hatte. Auch die jetzige Geburt der Kirche wird nicht lange leben; es ist hier kein Feld, auf dem sie arbeiten können. Besiehen wir uns zum Schlusß die Arbeitswilligen Mensch und Neuer, die provisorischen Vorstandsmitglieder: alle alte Bekannte, welche schon wiederholt Mitglieder des Holzarbeiter-Vereins waren. Wir finden nur, daß Wöhl anstatt Neuer geeigneter zum Käffner wäre. Oder fanden die Arbeitgeber ein Haar darin? Ferner wird sich Herr Menz auch wohl noch jener anonymen Postkarte an seinen früheren Arbeitgeber Prüssmann erinnern. Doch genug, die Kirche können wahrhaftig mit Stolz auf ihr Werk und ihre Leute blicken. Wenn nun auch schon in der Versammlung gesagt sein soll, daß die im Holzarbeiter-Verein Organisierten die geleisteten Beiträge beim Übertritt angerechnet bekommen, so werden sie gar bald erfahren, daß die Lübecker Holzarbeiter nur Etel und Abielen vor dieser Art Organisation haben. Die Streikenden kämpfen fest und unentwegt weiter. Sie haben den Winter bereit, durchgehalten, und werden solange kämpfen, bis ihnen annehmbare Arbeitsbedingungen bewilligt werden.

Die Wakenitz ist freigegeben! Gestern wurde am Uich folgendes bekannt gegeben: Das Eis auf der Wakenitz zwischen den Badeanstalten "Falkendamm" und "Falkenwiese" darf bis auf weiteres betreten werden. Die freigegebene Eisfläche ist durch Stangen mit Strohumwickelung gekennzeichnet — Gewöhnlich stellt sich mit der Freigabe der Wakenitz Tauwetter ein. Augenblicklich ist die Temperatur schon so milde, daß zweifellos die Freunde aller Eisportfreunde von nicht allzu langer Dauer sein dürften.

Ein Druckfehler hat in dem Bericht über die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins den Überschüß von der Silvesterfeier etwas zu gering gemacht; es muß anstatt 44,75 Mt. 47,75 Mt. heißen.

pb. Zum Mord in Hamberge. Als Mörder des in der Nähe von Hamberge als Leiche aufgefundenen Arbeiters Adam ist der am 5. Juni 1875 zu Schwerin i. M. geborene Arbeiter Karl Martin dringend verdächtig. Nach den polizeilichen Ermittlungen ist Martin am Freitag den 8. d. Mts. vormittags mit Adam von der Herberge in der Ledersstraße fortgegangen. Adam hatte die Absicht nach Reinsfeld zu gehen, wo er glaubte Arbeit zu finden. Martin hatte sich als Begleiter angeboten. Von dieser Tour ist Martin am Freitag nachmittag früh zurückgekehrt und hat seiner in der Herberge in der Ledersstraße dienenden Braut einen Besuch gemacht. Am Montag abend erfuhr die Braut von dem Tode des Adam. Da sie wußte, daß Martin den Adam begleitet hatte, so suchte sie ihn in seiner Wohnung noch spät abends auf und stellte ihn über den Tod des Adam zur Rede. Martin gab jedoch ausweichende, aber für ihn recht belastende Antworten. Am nächsten Morgen verließ Martin sehr zeitig seine Wohnung, in die er bisher nicht zurückgekehrt ist. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß das Motiv der Tat Eiserfucht ist. Da Martin vorher geäußert hatte, nach Schönberg zu reisen, um sich Arbeit zu suchen, wurde ein hiesiger Kriminal-Beamter nach dahin gesandt zwecks Anstellung von Nachforschungen nach Martin; letzterer ist jedoch in Schönberg nicht ermittelt worden. Die Polizeibehörden der Nachbarstädte wurden entsprechend telefonisch in Kenntnis gesetzt. Die Ermittlungen nehmen ihren Fortgang.

pb. Ein erwachsener Schwindler. Ermittelt und festgenommen wurde ein Handlungshelfer aus Alstadt, der in hiesiger Stadt von Haus zu Haus Messer und Scheren einsammelte, sie ungefährlich zurückbrachte und sich für das Schleifen bezahlen ließ. Er hatte die Messer bzw. Scheren nur mit Sandpapier gepunkt.

pb. Diebstahl. Eine hier wohnhafte Witwe, die sich eines Gelddiebstahls schuldig machte, wurde festgenommen.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzel wird uns geschrieben: Seit langen Jahren hat wohl selten ein Schwank einen solchen Erfolg errungen wie "Grafenliebe", welches morgen Freitag bereits zum dritten Male wiederholt wird. — Sonnabend wird zum letzten Male als Klassiker-Bestellung, jeder Platz 50 Pfg. — Der Kaufmann von Bremen wiederholt. — Am Sonntag gastiert die tgl. musikalische Hoffchauspielerin und Sängerin Hel. Gerta Boettlinger-Saalburg als Margaretha in Gounods Oper "Faust". Eine Erhöhung der Preise findet nicht statt. — Montag kehrt Signorina Prevosti zu einem einmaligen Gastspiel zu-

rück. Die hier beliebte Künstlerin wird die Leonore im "Troubadour" singen. Für beide Gastspiele gibt sich bereits eine rege Nachfrage kund.

Schönberg. **Gendarmerie und Lehrer in Mecklenburg-Strelitz.** Nach einer soeben herausgegebenen Verfügung erhalten die Gendarmen in Mecklenburg-Strelitz ein Anfangsgehalt von 1200 Mt., 130—150 Mt. Wohnungsgehalt, freie Dienstleistung sowie eine Entschädigung für die Reparatur der Kleidung. Auch die Pensionsverhältnisse sind geordnet. Dagegen fangen die Großherzogl. Stadtlehrer mit 900 Mt. Gehalt an (Wohnungsgeld gib's nicht), und das Endgehalt der Landlehrer beträgt nur etwa 1350 Mt. Und nun wundere man sich über die Unzufriedenheit der Lehrer.

Hamburg. **Ein Gesellschaftsvertrag.** Der "Verein der Kapitäne und Offiziere der deutschen Handelsmarine" hatte bekanntlich dadurch das Misfallen der Reederei erregt, daß sein Vorsitzender auf dem Seemannstongress in Berlin das Vorhandensein einer Reihe von Mühländern auf den Schiffen zugab. Der Kampf der Reederei gegen den Verein wurde fast bis zur völligen Vernichtung desselben geführt. Zurzeit tagt nun in Berlin ein Verbandstag deutscher Seeschiffvereine, der seine Qualität vor dem Unternehmerium dadurch bestätigt, daß er den "Verein der Kapitäne und Offiziere" in nichtöffentlicher Sitzung aus dem Verband ausschloß. Dagegen stimmt nur ein Stettiner Seeschiffverein. — Die Vertreter der Hamburg-Amerikanlinie und des Norddeutschen Lloyd, die dem Verbandstag beigewohnt, nahmen diesen Akt der Selbstentmahnung sehr gnädig auf.

Flensburg. **Der letzte der Tatenberger Mord.** Der verhaftet. Der vierte Komplizen Knobholz, der an dem Überfall und der Ermordung des 72-jährigen Tatenberger Gemeindesprechers Hansen am 7. August beteiligt war, hat sich heute hier selbst der Polizeibehörde gestellt. Holz gibt an, verfolgungslos gewesen zu sein. Beim Verhör benahm sich der Verdächtige sehr frisch. Er erklärte, als ihm ein Messer entfiel, daß er sich mit diesem unter der Lähmung der Polizei das Leben habe nehmen wollen. Dienstag sei er in Großenstein gewesen und habe sich in den letzten Tagen in der Umgebung von Flensburg aufgehalten. Er ernährte sich angeblich durch den Handel mit Wurstketten usw. — **Lev. v. fab!** Das Schwurgericht verurteilte den Dienstknopf Schröder aus Stegwig wegen Ermordung des Arbeiters Höns zum Tode und die Ehefrau Höns wegen Beihilfe zum Mord zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Neumünster. **Liberaler Missbrauch.** Die "Liberalen" Schleswig-Holsteins nahmen am Sonntag in einer gemeinsamen Konferenz folgende Resolution an: "Das einmütige Zusammengehen der liberalen Wählerschaft bei den hinter uns liegenden Wahlen hat bewiesen, daß die Wählerschaft gewillt ist, den entschiedenen Liberalismus von neuem zur Macht zu bringen. Die in Neumünster versammelten Vertreter der liberalen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Volkspartei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zusammenschluß der drei Parteien zu einer Gesamtverein zu streben. Sie fordern die Reichstagsfraktionen der freimaurigen Volkspartei, der deutsch-freimaurischen Partei in Schleswig-Holstein und des Liberalen Vereins in Hamburg, haben daher einstimmig beschlossen, einen organischen Zus

der Militarismus im Kreise, wenn es ein Kampf um die Ehre und Selbständigkeit des Volkes ist.
Diese Lehre zu festigen ist der Zweck dieses Werkes. In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 Pfennig (in Österreich 24 Heller), die durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co. bezogen werden kann und von allen Kolporteuren geliefert wird.

Von der Neuen Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. (Verlag: Berlin-Schöneberg). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert. In soeben das 20. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: *Glossen*: Unbegündete Herrenstätte. — Wahlbeeinflussung. — Stichwahlstatistik. — Ein Sieger. — Paul Löhrer: Unsere Niederlage. — Wilhelm Röhl: Die Reichstagswahlen in Baden. — Karl Leuthner: Auf neuem Kampfboden. — Leo Berg: Berliner Theater. — Stefan Großmann: „Unter Kerkermauern.“

Süddeutscher Postillon Nr. 4 ist erschienen. Der beähnige Künstler M. E. lieferte wieder das vielseitige Titel- und das Schlussbild. In ersteren zitieren Bülow und Peters den Schatten des „Advokaten von Arras“, Nobelpreis, im anderen sehen wir den Nationalhelden Tolstoi, draußen sein Volk im schweren Kampfe, aber er hat keine Zeit für das. Von den mittleren Bildern heben wir zwei noch besonders hervor: Karneval 1907, und: Zwei Freunde, von

H. B. — G. H. eröffnet den Text mit dem trockigen Gedicht: „In die Gegner“. Ein Reisebericht à la Münchhausen beleuchtet Deutsch-Südwest. — Ernst Maier sandte das in ergreifender Sprache geführte Gedicht „Schlagende Wetter“, über dem Rich. Grimm's Vignette, mit den dräuenden giftigen Sagen steht. — Bewerbung: ein Drei-Strophen von L. R. — Militärische Offenheit: — Wie sich der brave Untertan Michael Leckeler einen Orden verdiente. — Mahnung (Gedicht). — Der Lebensgang der Völker. — Patriotischer Struktionskampf (Gedicht). — Der verfehlte Minister (Gedicht) von Eberhard Reitherr u. a. m. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist bei allen unseren Kolporteuren zu haben.

Berantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigk; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des weifligen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Die letzte Reichstagswahl

hat bewiesen, daß die Blätter, welche die Interessen des weifligen Volkes auf politischem Gebiete vertreten, noch weitere Verbreitung als bisher finden müssen. Deshalb auf zur Agitation für den

„Lübecker Volksboten“

Wer über die bevorstehenden politischen Ereignisse richtig unterrichtet sein will, der bestelle den

„Lübecker Volksboten“

mit der „Wöchentlichen Unterhaltungszeitung“ und der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“. Der Bezugspreis inkl. der Beilagen beträgt viertelj. 2,00 Mk., monatl. 70 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen die Redaktion, sowie die Geschäftsstelle, Johannisstraße 16.

Zum 1. April d. J. 35. zweizimmer-Wohnungen im Preise von 170—190 Mk. zu vermieten

Rosenhofstr. 5, Tivoli.

Wostermannsche Billia XII opm.
Kaiserstraße 5.

Gesucht zum sofortigen Antritt

2 ordentl. Hausdiener
für Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Beim Rechteich 14.

Suche für meinen Sohn, der Osteria die Schule verläßt, Stellung als Hausdiener.
Ang. m. Geh. Ang. u. P 28 a. d. Exp.

Wer Zuflucht

4 Brotöfen zu verkaufen.
Heinrich Knaack, Watendorfstraße 58, I. Billig! — Billig!

Sabie heringeß mariniert
vor Stück nur 5 Pf.
Wiederverkäufer billiger. Fischergasse 61

Wer

Geld sparen will, kaufe Kolonial- und Feinkostwaren bei
Emil Timmann,
Vilowstraße 2.

Misch-Kaffee
goldrichtig und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pf.

H. Bülick

Kaffee- und Teehandlung
Friedr. 149. Breitestr. 54.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Otto Albers 10
find vortheilhaft gekauft durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. I. A.:
Lederhosen 2,20—6,45
Hauterhosen 2,60—6,75
Schloßterhosen 1,88—5,25
Leberzweihosen 1,98—2,35
Bünder-Hosen 1,68—3,25
leichte Jaden, jährige und gerade, 1,28
Sofas, Fründen, Schlauderjaden, Fröhlerjaden
Wälder-Mäntel etwa gleich billig.
Röcken von 30 Pf. bis 1,88 Mk.
Note Lübeckmarken.

Achtung!
Hafenarbeiter
(zentral).

Mitglieder-
Versammlung
am Freitag, den 15. Februar
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Zege-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1907 und
Jahresabschluß.
3. Wahl eines Schriftführers.
4. Berichtsbericht.
5. Beschiedenes.
Um rechtliches Erscheinen der Mitglieder
Dankt der Verstand.

Gebrüder Barg, Inventur- u. Räumungs-Ausverkauf.

Kohlmarkt 5,
Fernruf 1739.

Um Raum für die neu ankomgenden Sachen zu schaffen, haben wir die Preise nochmals ermäßigt
und sind besonders ausgelöst.

Damen- und Kinder-	Kleider, Jacken, Paletots, Blusen,
Konfektion	Kostümröcke, Capes etc.
Herren- und Knaben-	Paletots, Buckskin- und Loden-
Garderoben	Joppen, Anzüge, Bekleider etc.
R E S T E	in Buckskin und Chevrets — besseren Kleiderstoffen — Hauskleiderstoffen — Waschstoffen — Leinenwaren und Aussteuer-Artikel etc.

Von der internationalen Bibliothek

— erste Serie —

empfohlen wir besonders:

Kantsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk. 2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" " 2,50
Bebel, Charles Fourier,	" " 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" " 1,—
Kantsky, Das Erzürner Program,	" " 2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" " 2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	" " 2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	" " 3,50
H. Lux, E. Cabet und der sozialistische Kommunismus	" " 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" " 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" " 3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Einladung zum Stiftungs-Fest

der

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e.G.m.b.H.

am Montag, den 25. Februar 1907,

im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Ballanfang 8 Uhr.

Eintritt 50 Pf.

Eintrittskarten sind zu haben bei F. Leeke, „Vereinshaus“.

Der Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Generalversammlung der Genossenschafts-Bäckerei findet am 28. Februar d. J. statt.

Einladung zum Ball
der Arbeiter und Arbeiterinnen der Fisch-
konsernenfabrik von Aug. Schumacher
am Freitag, den 15. Februar ds.
im Lokale des Herrn Dassler, KOLOSSEUM.

Musik ausgeführt von Jacob's Konzert-Orchester.
Kabinett 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Von 7—8 Uhr Konzert.
Eintrittspreis Mk. 1.—

Der Vorstand.

Misch-Kaffee

a Pfund 60 Pf.
frisch gebrannt a Pfnd 80, 90, 100,
120, 140 Pf.

Emil Timmann,
Vilowstraße 2.

Parorama
Breitestraße 53, I. Etg.
Som. 10. bis 16. Februar:

China u. Japan
Hongkong, Shanghai, Peking,
Nagasaki, Yeddo, Yokohama.

Universum

Hente Donnerstag Vesper für den
„Das zwimal vermeinte Bild“.

Hansa-Theater

Hente Freitag:
Abschieds-Vorstellung
des gesamten
Künstler-Personals
und letzten Auftritts.

Waldezauber
Morgen Sonnabend
Neue Debuts.

Stadt-Theater.

Direction: Ludw. Piorkowski.
Freitag, 15. Februar. 8 Uhr.
Sensat. Novität. Durchsicht. Lachersfolg.
Zum 3. Male.

Husarenfieber.

Uppsp. in 4 Alt. v. Adelburg u. Skowronek.
Sonntagnabend: Kaufmann von Venegig.
Sonntag: Gastspiel der fgl. wirtstemb.
Hofchauspielerin und Sängerin
Gerta Boehminger-Saalburg

Margarethe (Faust).

Oper. in 3 Akten von Gounod.
Montag: Gastspiel Sign. Prevosti.
Der Troubadour.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 38.

Donnerstag, den 14. Februar 1907.

14. Jahrg.

für unsere Frauen.

Bunte aus dem Wahlkampf. Bei keiner der bisherigen Reichstagswahlen ist das Interesse der Frauen derart in den Vordergrund getreten, als wie bei der heutigen; nicht nur durch Welch der Versammlungen, sondern auch durch Ausbringung von Wählern und Leistung von Wahlarbeit aller Art. Diese rege Beteiligung der Frauen war "fürsorglichen" Stadtoberhäuptern und geheimschulndigen Überwachungsbeamten etlicher Orte ein Greuel. Mit Hinausweisung der Frauen aus den Volksversammlungen glaubten die schneidigen Beamten die Frauen einschüchtern zu können. Doch dieselben ließen sich nicht einschüchtern, sondern protestierten ganz energisch gegen derartiges Vorgehen. Dadurch gestalteten sich die Versammlungen etlicher Orte geradezu komisch: auf der Bühne der Beamte, der im ziemlich lauten Ton vom Vorstehenden die Ausweisung der Frauen fordert; daneben die Referentin, die ruhig weiter spricht und nur ab und zu, unterdrückt von dem Publikum, den Beamten zur Ruhe verweist, während eine Situation, die unmöglichlich zum Lachen reist. —

Und trotz all der Pegeisterung und all der geleisteten Arbeit, worin sich die Genossen und Genossinnen überboten, hat uns der Wahlausfall herbe Enttäuschungen gebracht. Den Wählern, die von ihrem Wahlrecht einen solchen Gebrauch machten und entgegen ihrem eigenen Klasseninteresse die vereinigten bürgerlichen Parteien unterstützten, werden gar bald die Augen aufgehen, wenn statt der günstigen Arbeitskonjunktur Arbeitsmangel eintritt, wenn die schreckliche Zeit der Krise und damit Not und Elend in das Heim der minderbemittelten Bevölkerung einzieht. Wenn der Mann, als Ernährer, der verzweifelt zu ihm aufblickenden Gattin und Mutter seiner Kinder keinen oder nur geringen Wochenlohn geben kann, wenn er die geringsten Wünsche seiner Kinder nicht erfüllen kann, weil sein Verdienst mit den Lebensmittelpreisen nicht in Einklang zu bringen ist. Die künstliche Teuerung der Lebensmittel ist, dank des Einflusses der Güter- und Großindustriellen, rapid gewachsen. Im Jahre 1878 betrug die indirekte Steuer pro Kopf der Bevölkerung 7 Mk., dieselbe wuchs bis zum 1. März 1906 auf 16 Mk. und beträgt heute nach Einführung der neuen Handelsverträge circa 20 Mk., dies macht für den Ernährer einer fünfköpfigen Familie, der 1200 Mk. Jahresinkommen hat, einen Monat Arbeitsleistung nur für indirekte Steuern aus. Diese 100 Mk. bilden aber nur die Summe, die die Familie an die Staatskasse zahlt, es kommt noch der durch den Zolltarif zugunsten der Import geöffnete Brot- und Fleischzoll dazu. Dadurch ist Deutschland schon jetzt das Land der höchsten Lebensmittelpreise und gleichzeitig das Land der niedrigsten Löhne. Der deutsche Arbeiter ist mit der schlechtesten Bezahlung unter den Proletarien aller Länder. Diese unentgänglichen Tatsachen hätten den Stimmzettel zu einer schneidenden Waffe gegen den heutigen Klassenkampf gestalten müssen und statt dessen — Mandausfälle.

"Fürsten haben lange Arme
Und das Volk hat lange Ohren"

Schuld an den Mandausfällen trägt in erster Linie die ungerechte Wahlkreiseinteilung, die es ermöglicht, daß auf einen Abgeordneten 100000 und auf den anderen nur 10000 Stimmen kommen. Wäre die Wahlkreiseinteilung eine gleiche, so hätte die Sozialdemokratie genauso ihrer 3,5 Millionen Stimmen 117 Mandate zu beanspruchen.

Neben dieser Ungerechtigkeit muß der schändigen Agitationweise der vereinigten Gegner gedacht werden; mehr als je ist die eine reaktionäre Masse der vorwärts dringenden Sozialdemokratie in den Weg getreten. Die Dunkelmänner und Schleicher hatten sich heuer zusammengetan, um durch Lügen und Wertern undungen die Sozialdemokratie zu vernichten und kein Schwundel ist zu dumm er findet doch sein Publikum", besonders wenn die hohe Geistlichkeit die Verbreitung der Lügen begleitet.

Der Zentrumsführer Spahn sagte: "es gehört mit zu den religiösen Pflichten der Geistlichen, sich am Wahlkampf

zu beteiligen", und Kanzel und Beichtstuhl sind weidlich für die Wahlagitation benutzt worden.

Die "Lübecker Volkszeitung" veröffentlichte die Mahnung eines Pfarrers an die Frauen; darin wurde denselben der Rat gegeben, ihren Männern nicht eher zu essen zu geben, bis sie ihre Wahlpflicht genugt hätten.

In Kreis und Aachen sind die Nonnen in die Häuser gegangen und haben den Frauen erzählt, daß bei einem Sieg der Sozialdemokratie die frommen Schwestern ausgewiesen würden und die Pfarrer Handlangerdienste tun müssten.

Ob diese Arbeit für die feisten Pfäfflein nicht einmal ganz gesund wäre? Geistliche und Klöster sind von Haus zu Haus gezogen, um den Leuten die schreckliche Gefahr zu schildern, die drohe, wenn ein Roter gewählt würde. Selbst Schulinder nutzten auf Befehl der Geistlichen Flugblätter verteilt.

In eilichen Orten haben die Frauen und Kinder auf Geheiß ihres Beichtvaters den ganzen Tag den Rosenkranz abgeleiert, um zu verhindern, daß ein Ungläubiger gewählt würde. In Orten, wo das Zentrumsmandat besonders heiß umstritten war, standen am Tage der Wahl Geistliche neben den Stimmzettelverbreitern, um noch in letzter Minute einen Zwang auf die Wähler auszuüben. Am Abend der Hauptwahl sind in Orten, wo Kreuzifix und Kreuzstab herrschen, Frauen auf offene Straße auf die Knie gekommen, um Gott für den Sieg zu danken; derartig haben die Pfäffchen den Humanismus entfacht.

Ein Zentrumsflugblatt an die Frauen in Lüttendorf behauptete, die Sozialdemokratie wolle die Frau mit ihren schwachen Kräften hineinstoßen in den Christentum mit seiner rohen Gewalt. Es scheint, als ob die frommen Leutchen geschlafen haben und es ihnen daher entgangen ist, daß die Großindustrie seit langen Jahren die Frau in die rohe Gewalt des Christenkampfes hineingezogen hat, daß Zentrumsleute wie Billkens, Ballerstrem und Thossen Frauen und Kinder mit Hungerlöhnen abpresen, sodaß das Proletariat in immer härterer Arbeitsfront dahinsiekt.

Alle all diese Lügen und Weichspülungen mößt eine Abrechnung folgen — auch die Frauen müssen sie geben, indem sie sich geloben, unermüdlich auch ferner für die völkerbefreiende Sozialdemokratie zu werben und ihre Kinder im Sinne derselben zu erziehen.

Vorwärts Frauen! Es gilt die heilichen Güter der Menschheit, es gilt Freiheit, Recht und Brot zu erlämpfen!

Soziales und Parteileben.

Ein neuer Scharismacherverband. In Berlin ist kurzlich der "Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport und ähnlichen Betrieben", Sitz Berlin, gegründet worden. Er erstreckt sich nach § 4 des Statuts auf die Gewerbe der Personen- und Warenförderung, sowie diejenigen Betriebe, welche sich jener Besförderungsarten als Hilfsstätigkeit bedienen. Doch können auch andere Unternehmungen, welche Kutscher, Packer, Häusler, Boten, Schaffner, Kontrollure, Wächter oder ähnliches Personal beschäftigen, vom Verband angehlossen werden". Als Ziel des Verbandes wird angegeben, (im besonderen) Streitigkeiten zwischen seinen Mitgliedern und deren Arbeitnehmern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in friedlicher Weise beizulegen und seinen Mitgliedern bei solchen Streitigkeiten Schutz und Unterstützung zu gewähren.

Die armen, so friedlich geäußerten Unternehmungen raffen sich auf zu einem Zusammenschluß. Wird ihnen etwa der Zentralverband der Handels und Transportarbeiter gefährlich? Sicherlich ist der neue Unternehmerverband wieder eine Mahnung an die Arbeiter, ihre eigene Organisation noch mehr zu stärken und auszubauen.

Das Partei-Archiv wiederholt seine Bitte um Übersendung aller eigenen und gegnerischen Flugblätter der beendeten Reichstagswahl. Aus einer großen Reihe von Kreisen ist die Übersendung noch immer nicht erfolgt.

— Alle Zusendungen und zu adressieren an den Verwalter des Partei-Archivs, Genossen Max Grunwald, Verlin SW 68, Ende ist. 69.

Vom Fortschritt der Presse. Aus Breslau wird vom 13. Februar gemeldet. Eine Agitation für die Volkswacht am Sonntag brachte in Breslau allein 750 neue Abonnenten. — Das "Volksblatt für Anhalt" zu Dessau hat während der Wahlbewegung 1000 neue Abonnenten gewonnen.

Eine Lüge mehr. Durch die bürgerliche Presse ging dieser Tage eine Meldung aus Leipzig nachfolgenden Inhalts:

Nach Unterstellung einer größeren Geldsumme schätzte der Kassierer des sozialdemokratischen Vereinsvereins Portitz Fischer Albert Braune."

An dieser Meldung ist kein wahres Wort. In Portitz ist weder ein Kassierer Albert Braune bekannt — der dortige Vereinskassier heißt Ruth —, noch weiß man etwas von einer Unterstellung von Vereinsgeldern. Das summert natürlich die bürgerliche Presse nicht. Sie verleumdet frisch drauflos in der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleibt.

Eine Staatsaktion in Mannheim. Aus Mannheim wird vom 11. Februar gemeldet: Zu der Expedition der "Volksstimme" beschlagnahmte die Polizei gestern das Karnevalssammel-Sammelstafel wegen eines Artikels "Um Beziehen der Güterliebe". Der verantwortliche Redakteur wurde verhaftet, später aber wieder freigelassen. 400 Exemplare wurden beschlagnahmt. — In Mannheim steht seit einiger Zeit ein schäfer Wind gegen die Sozialdemokratie und insbesondere gegen die "Volksstimme", wie kurz vor dem 25. Januar die Haussuchung nach dem Original und dem Rücksieb in der "Volksstimme" reproduzierten photographischen Aufnahme einer oftmalsen Hinrichtungsszene zeigte. Sie hat den Sieg der Mannheimer Sozialdemokratie im ersten Wahlgange nicht verhindern können. Möge die Weichspülnahme der "Güterliebe" ebenso gute Resultate für unsere bürgerliche Partei haben.

Wen man anklagt! Am November 1906 berichtete die "Sächsische Arbeiterzeitung" aus Ebersbach bei Löbau über eine empörende Freitagsfeier der Fabrikantenhandlanger. Als die Mitglieder des Bergarbeiterverbands AG, Heidel und Linke vor der Fabrik von Wünsches Leben in Ebersbach Handzettel verteilt, die Einladungen zu einer Bergarbeiter-Versammlung enthielten, wurden sie von dem Fabrikpatron und einigen anderen Angestellten der Fabrik gewaltsam an der Versammlung gehindert, überwältigt und lange Zeit im Portierhaus eingesperrt. Zwischenlos waren die so behandelten Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes rechtswidrig ihrer Freiheit beraubt, außerdem war an ihnen noch Rüttigung unter erschwerenden Umständen begangen worden. Außerdem hatte man anderen Betriebsvertretern die Blätter gewaltsam entzogen, also gestohlt. Diese Tache wird nun ein rechtliches Nachspiel haben, daß vorerst nicht für die Bergarbeiter, nein, für die Genossen AG, Heidel und Linke. Sie sind angeklagt, bei dem Verstellen der Einladungen den Betriebe beeinträchtigt und gehindert zu haben. Außerdem wurde Genosse AG in einer Geldstrafe von 10 Mark genommen, weil er, nach seinem eigenen Bekändnis, "die 2000 Einladungssätze zu der Versammlung nicht mit dem Namen und Wohnort des Verlegers oder Verkäufers hatte versehen lassen". Von einer Anklage gegen die Handlanger der Fabrikanten aber hört man noch nichts. Ob sie überhaupt nicht angeklagt werden? Auch möglich ist.

Ein Opfer der Breslauer Justiz. Am 12. Februar lebte Genosse Paul Löbe in Breslau nach einer längeren Gefangenschaft, die er in Wohlau verbrachte, in die durch die letzten Wahlen geläuterte deutsche Freiheit zurück. Genosse Löbe war das erste Opfer des im Jahre 1905 mit verstärkter Wucht einzuhängten Kampfes gegen die Wahlrechte der Arbeitnehmer. In Leipzig folgte ihm bald Genosse Heinig mit 21 Monaten. Löbe hatte in der "Volkswacht" zum Beginn der Tagung des

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(22. Fortsetzung.)

"Meine Angehörigen? und sind es nicht die Deinen auch?" fragte Georgine scharf.

"Sie sollen es bleiben, so lange sie meinen Anordnungen folgen — nicht einen Augenblick länger."

"Anordnungen? — sage lieber Befehlen."

"So nenne es denn Befehle, wenn Du willst."

"Ich weiß es wohl", lärmte die Frau, Du hast kein Herz für uns. So lange wir Dir Angenommen waren wir Dir gut, doch jetzt wo . . ."

"Halt ein, Georgine", unterbrach sie ernst der Mann, das ist ein harter, böser Vorwurf, der nicht aus Deinem Herzen kam. Du bist aber jetzt, wenn auch völlig grundlos, gereizt und wir wollen nicht weiter darüber reden. Ich habe Deinen Vater freundlich ermahnt, an uns sowohl, wie an sich selbst zu denken; ich hoffe, das wird für ihn genügen. Karl hat gleich an Ort und Stelle seine Strafe bekommen, und die Sache ist also abgenickt. Willst Du selber noch einmal mit ihnen darüber sprechen, so gehe erst mit Deiner Verteidigung zu Rate, die wird Dich den richtigen Weg schon erzeigen." Und ohne weiter eine Antwort abzuwarten, verließ das Zimmer, bestieg unten im Hofe sein schon bereit gestelltes Pferd und sprangte in den Wald hinaus.

Georgine blieb, wie er sie verlassen, im Zimmer stehen und sah ihm düster nach. Der ungeheure Charakter des bisher so selbständigen, vernöthneten Weibes konnte sich dem Zwange noch nicht fügen, der es hier von allen Seiten hemmend umgab. Wohl tauchten wieder jene Gedanken, ihn abzuschütteln, in ihr auf, aber wieder und wieder hielt sie der Gedanke an Josephine zurück, die das verhafte Gesetz ihren Händen entzog, das Schicksal des Kindes in die Hände des Vaters legend. Allerdings hatte sie schon in *** ehe sie zum Willen des Gatten nachgab, alles versucht, sich Recht in ihrem Sinne zu verschaffen. Sie selber war zu den besten Advokaten der Stadt gegangen, ihren Beistand in dieser Sache zu erfragen, und für sich zu sichern. Sie alle hatten ihr einfach das in diesem Falle wöchentlich einmal

nicht anders zu deutende Gesetz vorgelegt, das keinen Ausweg offen ließ: Bis zum siebten Jahre blieb, bei einer Scheidung der Eltern, das Kind der Mutter, damit diese über das ganze Alter desselben wachsen konnte; nach dem siebten Jahre aber wurde es dem Vater, als seinem eigentlichem Erbauer und Ernährer, anvertraut, und es hätte der unumstößlichsten Vereine bedurft, daß dieser dessen Erziehung nicht leiten oder nicht bestreiten könnte, um es zu Gunsten der Mutter umzandern — Vereine, die sie in diesem Falle unmöglich bringen konnte. Sie sah sich deshalb gezwungen, nachzugeben — nachzugeben vielleicht zum ersten Male in ihrem ganzen Leben, und das vergaß sie deshalb auch dem Gatten nie.

Georg sprangte indessen in den Wald, das Herz voll von trüb, drückenden Gedanken; denn nie mehr, als gerade in diesem Augenblick, fühlte er die Last, die mit den Überresten seines früheren Lebens hereinragte in sein jegiges edleres Sein. Wie war es möglich, daß er den alten Mann, den er verachtete, von sich abschütteln konnte, ohne Georginen im tiefsten Herzen zu verwunden — und tat er es nicht, werburgte ihm dafür, daß nicht bei nächster Gelegenheit der Mensch, der nun einmal zur Hefe des Volkes gehörte, seine eigene Stellung im neuen bürgerlichen Leben durch irgend einen tollen Streich untergraben, ja rettungslos zerstören könnte? — Und was dann? Hatte er nicht die Pein seiner früheren Existenz kennen gelernt? War nicht der Schleier von seinen Augen gefallen, durch den gebendet er jenen wilden, zügellosen Stand nur stets im rosigsten und schönsten Lichte gesehen? Dahin konnte er nicht zurückkehren, ohne, wie er jetzt recht gut fühlte, geistig und moralisch zu Grunde zu gehen, und mache es ihm hier die Verbindung mit jenen alten Ketten, in der er durch den früheren Wossreiter seiner Bande gehalten wurde, nicht doch am Ende auch noch unmöglich, seinem Ziele fest und unverzagt entgegenzutreten?

Er fühlte selber nicht, wie der Mappe, von Schenkeldruck und Sporn getrieben, in laufendem Galopp mit ihm die Strafe entlang flog. Der Wind aber fühlte seine heißen Schläfen, die rasche, kräftige Bewegung tat ihm wohl, und seinem feurigen Tiere den Zügel loslassend, sprangte er mit ihm, dem nächsten breiten Holzweg folgend, gerade in den Wald hinein. Hier aber mögliche der Mappe selber keinen Schritt;

der Weg war cau und hart gestört, und die zarten Hufe des edlen Tieres nicht an solche Bahn gewöhnt. Und als auch hierin der Reiter ihn volle Freiheit ließ, blieb es endlich schaumbend und mit dem schönen Kopfe auf und niederfahrend auf einer Waldböhne stehen, wo ein Jäger, die Flint vor sich auf den Knien, auf einem gefällten Baume saß und segt erst, als er den Nahenden erkannte, aufstand, ihn achtungsvoll zu begrüßen.

Es war der alte Forstwart Barthold, und Georges Blick haftete unwillkürlich lange und mit einem eigenen Interesse auf den gesuchten Zügen des Greises, um dessen Schläde der kalte Nordwind die von den Jahren zu Schne gebleichten Löden jagte.

"Seit auf, Alter, seit auf," sagte er endlich hastig, als sein Geist zu den Gegenständen um ihn her zurückkehrte, "das ist kein Wetter, mit entblötem Kopfe zu stehen, und nach dazu in Euren Jahren!" Der Alte neigte sich leise und gehorchte dem Befehl.

"Und was macht Ihr hier?" fuhr Georg nun fort, indem er abstieg, den Nacken seines Tieres kloppte und ihm dann den Zügel auf den Sattel legte; kommt, geh mit mir noch ein Stück durch den Wald; mein Pferd ist doch etwas warm geworden, und ich möchte es nicht stillstecken lassen."

"Ich hab' hier in der Gegend ein Eisen für eine wilde Käze gestellt," erwiderte der Forstwart, indem er sich an der Seite Georges hielt, aber nicht ohne einiges Erstaunen sah, daß diesem der feurige Käppie lannizkum und wie ein Hund folgte.

"Gibt es deren hier?"

"Selten einmal eine, aber sie kommen doch an, wenn und wann dann gar erschrecklichen Schaden unter den Wildtieren. Es ist blutdürstiges, unersättliches Zeug, das Käzengeschlecht, und Wolf und Fuchs reißen ihm nicht das Wasser. — Nur der Mensch treibt es manchmal noch schlimmer als sie."

"Und so halte ich den Wolf für besser als den Menschen", lächelte Georg, der schon von den Eigenheiten des Alten gehörte und der sich jetzt freute, einmal so allein mit ihm zusammengetroffen zu sein — vertrieb es ihm doch auch die bösen Gedanken, die sein Hirn peinigten und seine Seele quälten.

Geldsackparlaments (6. Dezember) einen Aufruf gegen das infame Dreiklassenwahlrecht veröffentlicht und die politisch Mündigen zum Kampf gegen die Beherrschenden Preußens aufgerufen. Nebenbei erinnerte der Aufruf an die gerade damals hochgehenenden Bogen der österreichischen und russischen Wahlrechtskämpfe und zeigte den Arbeitern die großen Gefahren des Junkerregiments in Preußen. Wenige Stunden nach Erscheinen der Nummer wurde sie konfisziert, und bereits nach knapp 14 Tagen — eine seltsame Sache! — erhielt Löbe die Aufschrift, wonach er mit dem Aufruf eine Aufreizung zu Gewalttäglichkeiten (§ 130 des Strafgesetzbuchs) verübt haben sollte! Schon nach knapp weiteren 14 Tagen (!) stand vor der mittlerweile zu europäischer Berühmtheit gelangten Zeitung ein Strafzettel zu Breslau unter Vorwürfe des weltbekannten Landgerichtsdirektors Hanke die Hauptverhandlung statt. Nun der, der dieser Verhandlung gehorcht hat, der mit eigenem Auge die Art und Weise der Verhandlung beobachtet kann sich einen Begriff von der speziellen Breslau-¹ machen. Müssen doch sogar illustrierte Männer, die i. e. Tage des "Börne's" schrieben waren, müsste doch die darin beschriebene Einrichtung Karls I. und des Staatsstreiters Brassard sowie ein Bildnis der bedeutigen Plehwe und Bergius dazu herholten, zu beweisen, daß „Löbe zu Gewalttäglichkeiten habe aufreizen wollen!!!“ Daß im Anschluß an den unerhörten Aufstand deutlich auszunehmen gezeigt war, welches die Kampfmittel und Methoden der Sozialdemokratie sind, daß ausdrücklich in derselben Nummer stand, daß die Partei jedes Gewaltmittel verachtet — das berichtigte die ganze Nummer nicht. Und unter die eidsche Aussage eines Polizeikommissars, wonach Löbe stets gegen Gewaltmittel und in seinen Reden nie aufreizend gewesen, aus dem Gericht zu Tagesordnung über „Tagegen übernahm dasselbe Gericht in der Begründung des Urteils das auf ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung!“ lautete, eine kluge Argumentation des Staatsanwalts Blumer, wonach „die im Osten glühende rote Fackel“ die dort bei Gerichte zwang, „dafür zu sorgen, daß der Brand nicht durch unfehlbare Abstöppeln unter geliebtes Vaterland ergehe!“ Die Ankündigung reichte bei Genehmigung über den Tag, den Breslauer Richter im angelebten ließen. Die konservative „Sächsische Zeitung“ aber, die aus den unzähligen Befreiungen des Arbeiter Löbe abgedruckt, also auch weit verbreitet hatte, blieb bis zum heutigen Tage vom Staatsanwalt unbefleckt. Deutlich unbefleckt blieben auch alle die Parteiblätter, die Löbes Urteil nachgedruckt hatten. Einzig die Veröffentlichung in der „Vossische“ wurde von den Breslauer Richtern als grausam angesehen. Und die Wirkung dieses Urteils? Die „Vossische“ gewann in wenigen Wochen 4000 neue Abonnenten und hat seitdem es gerad bis heute über 10000 neue Abonnenten gewonnen! Die Zahl der Mitglieder des Sozialdemokratischen Bezirks zu Breslau stieg in derselben Zeit um über 1000!, über 2500 neue Kämpfer eroberte die Partei bei den dann folgenden Städteverbündeten und zirka 4000 bei den Reichstagswahlen. Die sämtlichen konservativen und später vom Staatsanwalt nur Terpentin und Kiefern schwärz gesuchten Exemplare der „Vossischen“ wurden pro Stück mit 10 Pf. verkauft und die Reproduktionen der geschwärzten Nummer finden noch bei den lebenden Abiag, d. h. also eine neue Quelle für die Partei. Am Dienstag nun öffneten sich endlich unsere schwergeprüften Genüsse mit großem Erfolg und wir mit hören, schaute er in ungeschmückten Käse und Käppchen in unsere Reihen zurück. Die Munde verzerrte — was aber dauernd bleibt, das ist der unantastliche Haß und die glühende Erinnerung der Massen gegen das System, das sie ihm gebracht hat.

Brüder als Lehramter. Bei Schuhverweser Robert Hemlein aus Weidenbach hatte sich wegen 18 fortgesetzter unzulässiger Zulieferungen von Schulkindern vor dem Landgericht Aarau zu verantworten. Wer hat die Kinder roh in die Wangen gezwinkert, sie mit dem Stock über den Kopf über die Tafel umgedroschen? Hemlein, der wegen Begehrungs im Elternschuh vorbestraft ist, erhält — 20 Mark Geldstrafe.

Der Deutsche Senat der Bund hat seine für den Februar anberaumte, wegen des Reichsgerichtsurteils in der Argüleggen der 11. Februar und folgende Tage verlegt. Sie findet in Hannover, Norddeutsche Gesellschaftshaus, statt und hat folgende Tagesordnung: 1. Reichsjustiz, 2. Bericht des Hauptvorstandes und der Kontroll-Kommission, 3. Staatenkratung, 4. Sachsenische Presse, Rundschau mit Bericht der Reichskommission, 5. Dorfe und Lehnsmittel, 6. Gewerbeaufsicht, 7. Sitz des Hauptvorstandes, der Kontroll-Kommission und Wahl, 8. Sitz der Pressekommision.

„Wer ist ich das“, erwiderte leise der Mann. „Der Wolf ist ein wildes Tier, ohne meuteren Verstand als den, den ihm der liebe Gott gegeben hat, um seine Beute zu beschleichen.“

„Du meinst den Jägern!“

„Den meinst du nicht, ich nenne Verstand“, beharrte der Alte. „Nicht ist ein Herr, das brächtig für die Art von Leuten ist, du in den Städten die diesen Pfeile schreiben, und deren eigener Verstand will sie, wenn sie einmal zu uns in den Wald kommen und das Leben und Freiben der Tiere zu sehen kriegen. Wir aber, die nur diese Tiere nähern, wissen das wohl besser. Glauben Sie zum Beispiel, gnädiger Herr, daß Ihnen das kluge Pferd da etwas zur Absicht folgt?“

„Ein Pferd? nein, das hat gewiß Verstand.“

„Schön, das sagen Sie, weil Sie sicher mit ihm bekannt geworden sind, würden Sie meine lieben Wildtiere so gut kennen lernen, so fänden Sie gar bald, daß wir Ihnen noch viel weniger absprechen dürfen. — Der Mensch aber, was ich vorhin sagen wollte, hat keinen solchen Verstand und Weit und Weit und Seele, und wie er es sonst noch nennt, vom lieben Gott erhalten, und wie gebracht er das alles nur zu oft!“

„Und nur die wilde Käze lebt Ihr noch an höchstigen Eigenschaften über den Menschen?“ lächelte Georg.

„Vielleicht hab ich Unrecht,“ sagte der Alte, „aber ich kann mir einmal nicht helfen, wenn ich die Käze mehr als anderes wildes Vieh hasse und verabscheue. Aber gerade sie, nicht als Schnitt und Raubvögel, zerstören mir im Frühjahr die junge Brut meiner lieben kleinen Zugvögel, und wenn ich dann ja ein armes Tierchen neben seinem zertrümmerten Rücken liegen und traurig und die zerbrochenen Gierschalen unter den Baumwurzeln sehe, dann überläuft's mich immer, ich weiß eigentlich selber nicht wie, und ich schwör's den Hagen, Märdern und Blüten zu, den sie mir's büßen sollen für alle Zeit — wo ich sie nämlich erwischen kann.“

„Und Ihr habt die Singvögel so gern, Forstwart?“

„Ja, gnädiger Herr, und mit Recht“, sagte der alte Mann, und es warf sein, als ob seine Stimme bei den Worten zitterte. — Die kleinen Waldsänger sind mit den liebsten Tieren in der Welt; vielleicht, weil es die einzigen Freunde sind, die ich in der Welt habe“, setzte er langsam hinzu,

und Wohl des Redakteurs, 9. Allgemeine Anträge. Gleichzeitig wird eine Lithographen-Konferenz zum 29. und 30. März nach Hannover im gleichen Lokal einberufen. Als provvisorische Tagesordnung wurde festgelegt: 1. Geschäftliches, 2. Agitation und Organisation, a) unter den Lithographen, b) unter den Kartographen, c) unter den graphischen Zeichnern, 3. Akto- und Heimarbeit, 4. Privat-Lithographie, 5. Lehrungsfrage, 6. Arbeitsnachweis, 7. Verschiedenes.

Nur ehrigstreue Arbeiter sind würdig. Die Stadtverordnetenversammlung in Dresden hat allerlei Änderungen der allgemeinen Arbeiterordnung für die Stadt Dresden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Unsere Genossen verlangten die Ablehnung von § 17 und von § 5 der Ordnung. § 17 lautet: „Es ist den Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, Mitarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder ähnlichen Vereinigung Vorwürfe zu machen oder sie aus diesem Grunde in irgend einer Weise zu belästigen.“ § 5 wird gefragt, daß jederständige Mitarbeiter das eidesstattliche Versprechen zu Protokoll zu geben habe, dem Königentreu und gehorsam zu sein und die Gesetze des Landes und die Landesverfassung, sowie die ortsgeschichtlichen Bestimmungen der Stadt Dresden zu beobachten.“ Die Landesverfassung wird aber gerade von den sächsischen Staatsräten nicht beobachtet, denn sonst hätten sie den Arbeitern nicht das Wahlrecht verhandelt! Im übrigen erzieht der § 5 dieser sogenannten „Ordnung“ nur Scheuklerner. Der Hunger wird gar manchen veranlassen, „seinem“ Könige Treue und Gehorsam (?) zu schwören.

Aus Nah und Fern.

Es ist nichts so sein gesponnen. Vor 7 Jahren wurde in Fabrik der Fabrikarbeiter Tvorowski erschlagen aufgefunden. Der Verdächtige lehnte sich gegen seine Frau, die ihre Tasche auch reumäßig eingestellt und von dem ehemaligen Schwurgericht zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Gest gestellte sich heraus, daß die Chefin mit dem Zimmerhauer Morawiec in intimem Verkehr gestanden. Letzterer soll den Tvorowski in der Absicht, die Frau zu betrügen, ermordet haben. Die Frau hat sich unbeschuldigt verurteilen lassen, um jeden Verdacht von ihrem Geliebten abzulenken. Weil er aber von ihr nach ihrer Rückkehr aus dem Gefängnis nichts mehr wissen wollte, kam es zu peinlichen Auseinanderen, welche dann schließlich zum Verrat des Geliebten führten. Morawiec wurde verhaftet.

Ein nationaler Sieg über einen Quartaner. Wegen Nichtbeteiligung an der Geburtstagsfeier für Wilhelm II. ist der Quartaner Hoffmann, der Sohn des Genossen Odloß Hoffmann, von der 4. städtischen Realchule in Berlin verwiesen worden.

Entrumen. Beim Schlüsselhaußen auf dem Mühlenteich in Mühlendorf brach ein Schuhknabe durch das Eis und verirrt zwei andere Schuhknaben, die ihn retten wollten, brachen ebenfalls ein. Alle drei ertranken. — Aus Paris wird gemeldet: Zwei Ärzte des Seehospitals in Brest sur Mer, Chastagnol und Hubert, verirrten sich infolge Nebels während eines Jagdausflugs, stürzten ins Meer und ertranken.

Der Achtzehnjährige mit den sechs Bräuten. Der erst 18 Jahre alte Friseurgehilfe Friedrich Wolff aus der Alterstraße in Berlin beging Selbstmord, weil ihm seine sechs Bräute, die er sich nach und nach angeschafft, das Leben jämmer machen. Wolff hatte die Mädchen, von Berliner Schneiderinnen und Fabrikarbeiterinnen, auf Tanzstufen kennengelernt und sich mit jeder von ihnen ohne Rücksicht auf die Vorgängerinnen, die bereits ältere Rechte besaßen, verlobt. Es kam es vor, daß an Sonntagen gleichzeitig mehrere Bräute vor dem Geschäft, in dem er arbeitete, erschienen, um ihn abzuholen. Dann fanden zwischen den Mädchen unangenehme Eiferschlüchten statt. Wolff sah keinen andern Ausweg, sich vor den vielen Bräuten zu retten, als Selbstmord zu zu tun. Sonnabend abend besuchte er, ohne einen Pfennig zu bezahlen, eine Gastwirtschaft am Wilhelmsufer, trank mehrere Gläser Bier und schoss sich dann eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Tod trat nach kurzer Zeit ein.

Genicktarre. Aus Bochum wird gemeldet, daß nach der amtlichen Statistik die Genicktarre im Januar gegenüber dem Dezember zugenommen habe; im ganzen sind 44 Genicktarre vorgekommen und 5 Verdachtsfälle gemeldet. — In Łódź sind am Dienstag 11 Personen an der Genicktarre gestorben und 10 ertrunken. Im ganzen befinden sich gegenwärtig 71 an der Genicktarre Ertrunkene im Hospital.

„Wer ist ich das“, erwiderte leise der Mann. „Der Wolf ist ein wildes Tier, ohne meuteren Verstand als den, den ihm der liebe Gott gegeben hat, um seine Beute zu beschleichen.“

„Du meinst den Jägern!“

„Den meinst du nicht, ich nenne Verstand“, beharrte der Alte. „Nicht ist ein Herr, das brächtig für die Art von Leuten ist, du in den Städten die diesen Pfeile schreiben, und deren eigener Verstand will sie, wenn sie einmal zu uns in den Wald kommen und das Leben und Freiben der Tiere zu sehen kriegen. Wir aber, die nur diese Tiere nähern, wissen das wohl besser. Glauben Sie zum Beispiel, gnädiger Herr, daß Ihnen das kluge Pferd da etwas zur Absicht folgt?“

„Ein Pferd? nein, das hat gewiß Verstand.“

„Schön, das sagen Sie, weil Sie sicher mit ihm bekannt geworden sind, würden Sie meine lieben Wildtiere so gut kennen lernen, so fänden Sie gar bald, daß wir Ihnen noch viel weniger absprechen dürfen. — Der Mensch aber, was ich vorhin sagen wollte, hat keinen solchen Verstand und Weit und Weit und Seele, und wie er es sonst noch nennt, vom lieben Gott erhalten, und wie gebracht er das alles nur zu oft!“

„Und nur die wilde Käze lebt Ihr noch an höchstigen Eigenschaften über den Menschen?“ lächelte Georg.

„Vielleicht hab ich Unrecht,“ sagte der Alte, „aber ich kann mir einmal nicht helfen, wenn ich die Käze mehr als anderes wildes Vieh hasse und verabscheue. Aber gerade sie, nicht als Schnitt und Raubvögel, zerstören mir im Frühjahr die junge Brut meiner lieben kleinen Zugvögel, und wenn ich dann ja ein armes Tierchen neben seinem zertrümmerten Rücken liegen und traurig und die zerbrochenen Gierschalen unter den Baumwurzeln sehe, dann überläuft's mich immer, ich weiß eigentlich selber nicht wie, und ich schwör's den Hagen, Märdern und Blüten zu, den sie mir's büßen sollen für alle Zeit — wo ich sie nämlich erwischen kann.“

„Und Ihr habt die Singvögel so gern, Forstwart?“

Zum Tode verurteilt. Wegen Gattenmordes verurteilte das Schwurgericht in Thorn den Fabrikarbeiter Wilhelm Thiede aus Berlin zum Tode. Er hatte seine Frau, die wegen schlechter Behandlung sich zu ihren Eltern begeben hatte, durch einen Stich in den Rücken getötet.

Mord- und Selbstmordchronik. Der zwanzigjährige Bergmann Grusewski erschoss in Gelsenkirchen seine gleichaltrige Geliebte und beging dann Selbstmord. In Mannheim hat der Ausländer Konstantin alte Söhne ermordet. Er lebte mit seiner Frau in Frieden und misshandelte sie oft. Er war dem Trunk und Spiel ergeben und brachte seiner Frau nur wenig von seinem Verdienst heim. Gestern trug er sich als Harlekin verkleidet in der Stadt herum, kam erst spät nach Hause und ging heute früh nicht ins Geschäft. Als sein Arbeitgeber nach ihm telephoniert, suchte ihn seine Frau in einem Wirtshaus auf und bat ihn, doch ins Geschäft zu gehen. Darüber geriet Konstantin, der angerunken war, in große Wut und drohte seiner Frau, sie sollte was erleben. Er kannte im Laufe des Vermittlers bei einem Messerschmid einen Dolch und begab sich, nachdem er noch eine Wirtschaft besucht hatte, gegen 1½ Uhr in seine Wohnung. Dort erstach er zuerst seine Frau und dann die Kinder. Den blutigen Dolch hielt er in der Hand, kam er in die nahe Hochzeit Wirtschaft, bestellte einen Schorlewein und erklärte ruhig, er habe seine Frau und seine Kinder weggeschafft. Nachdem er das bestellte Getränk genommen, begab er sich direkt auf die Polizeiwache und stellte sich der Polizei. Er sang: Ich habe die Tat vollbracht! und dann weinte er wieder und jammerte. Was hab ich gemacht! Auf der Wache glaubte man zuerst, es mit einem Versprechen zu tun zu haben, aber bald überzeugte man sich, daß seine Aussage auf Wahrheit beruhe. Man fand die Frau mit durchschlissener Kehle in der Küche auf dem Boden liegen, die Kinder lagen tot nebeneinander in einem eisernen Kinderbettchen. Bei seiner Vernehmung war Konstantin anscheinend schon etwas erschöpft, denn er machte ziemlich vorsichtige Angaben. Er behauptete, er habe mit seiner Frau schlecht gelebt, die Kinder habe er getötet, damit man nicht später von ihnen sage, sie seien die Kinder eines Mörders. — Dienstag vormittag wurde die Inhaberin des Wolfsischen Telegraphenbüros in Dresden, Frau Kummert, ermordet mit einer Schußwunde in ihrem Hinterkopf aufgefunden. Der 30 Jahre alte Sohn des ermordeten Dienstag früh mit einer Dame nach Berlin reiste, wurde dort auf Anordnung der Dresdner Kriminalpolizei verhaftet. Auffällig ist jedenfalls, daß die Waffe nicht in der Wohnung der Frau Kummert gefunden wurde und daß der Sohn, der am Vormittag die Wohnung verließ, zu dem Dienstag morgens gekleidet hat, die Mutter wünsche nicht gestört zu werden.

Eine grauenhafte Mordei ist in der russischen Silvesternacht in einer koreanischen Hanse in der Nähe von Vladivostok verübt worden. Der „Dahl Wostok“ erzählt darüber auf Grund amtlicher Angaben folgendes. In der Hanse lebten elf Koreaner unter ihnen eine Frau und ein vierjähriges Kind. In der Silvesternacht, als ein Teil der Bewohner des Häuschens schlief, drangen drei Kerle in Matrasenuniform mit Beilen und Brechstangen bewaffnet in die Hanse ein. „Nicht von der Stelle, Geld her!“ herrschten die Eindringlinge die friedlichen Bewohner an. Bei Angst bebend stammelten die Koreaner, daß sie kein Geld bei sich hätten. „Geld muß da sein, ihr Teufel!“ schrien die Banditen. Der Besitzer der Hanse wiederkam noch einmal, daß kein Geld vorhanden sei. So! Ihr habt kein Geld? Nun nehmt dieses! Und nun begann das blutige Drama. Ein paar Schläge mit den Beilen und der Besitzer der Hanse und seine Frau stürzten tödlich getroffen zu Boden! Auch die andern Bewohner der Hanse wurden mit Beilen und Brechstangen bearbeitet; zwei von ihnen wurden getötet, die übrigen verwundet. Man hörte nur noch das Winnern des Kindes. Nun begannen die Räuber alles in der Hanse zu durchstöbern und fanden einige hundert Rubel. Um sie Spuren ihrer Bluttat zu verschaffen, stellten die Unmenschen die Hanse in Brand und entfernten sich. Drei von den Koreanern konnten, obgleich sie schwer verwundet waren, aus dem brennenden Hause herauskriechen und die Polizei benachrichtigen. Als die Polizisten ankamen, war die Hanse bereits eingehäuft. Unter den Trümmern stand man acht Leichen darunter auch die des vierjährigen Kindes.

Berantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: T. v. Schwarzk. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck

gegenzuwirken. — Sie, gnädiger Herr, sind eigentlich seit langer, langer Zeit der erste, mit dem ich wieder rede, weil — weil mich etwas zu Ihnen zieht, dem ich keine Worte geben kann, für das ich eigentlich keine Ursache habe. Früher sprach ich mich offen darüber gegen jeden aus, aber mein Lohn war, daß ich von dem unwissenden Volle verachtet und verachtet wurde. Da behielt ich, was ich wußte, lieber für mich, und zog mich mehr und auch nur auf mich selbst zurück.“

„Und Ihr glaubt wirklich, daß Ihr die Sprache der Tiere verstecken könnt — daß sie Euch wieder verstehen, wenn Ihr mit Ihnen spricht?“

„Ich glaube es nicht nur,“ sagte zuverlässig der alte Mann, „ich weiß es ganz gewiß. Stundenlang hab ich schon draußen auf der Wiese bei den Störchen gesessen und mit ihnen Reisen erzählen lassen — Stundenlang, denn manchmal ein däsiges leichtfüßiges Stieglitz, angehört, und was meine alte treue Amsel verrichtet, die mit eigentlich die liebste ist von allen zusammen, so verstehen wir beide wohl jede Silbe, die wir mit einander reden.“

Die Amsel ist Euch die liebste?“ fragte Georg, der mit wütigem Interesse an den Phantasien des alten Mannes nahm.

„Gewiß“, erwiderte dieser. „Die Amsel ist eines von den entschiedenen, anspruchslosen Wesen in der Welt, die trotz ihres eigenen Verdienstes, eben ihrer Zurückhaltung wegen, es doch nirgends zu was ordentlichem bringen und stets zurückgesetzt und überleben werden. Und wie wen sie bei uns in Frost und Kälte aus, wie beschleunigt hüpfst du in ihrem anspruchslosen schwarzen Kleidchen einher, und was für eine liebliche Stimme hat sie dabei!“

„Eine grüne Stimme?“ fragte Georg, den dieser ausdruck neu war. „Allerdings,“ versicherte der alte Mann, und zwar ganz bestimmt junger Waldeaglein, wenn ihm der Frühling seinen ersten Saat gegeben — nicht ein Blümchen oder Farben, wie der Hinkel mit seinem Blüten, oder der Ziegen, gar mit seinem schmutzigen gelben Ton — ein reiner und schöner helles Grün, das mit seinem lieben Klang meine alten Ohren auch noch erfreut, wenn der Wind schon lange des wirklichen Grüns von den Zweigen gefegt und seine weiße Schneedecke über den Wald gelegt hat.“

(Fortsetzung folgt.)